

8 Dringliche Anträge

8.1 Petition an den Bundesgesetzgeber zur Schaffung von gesetzlichen Grundlagen für die Einführung eines verpflichtenden Pfandsystems für Einweg- PET- und Glasflaschen sowie für Aluminiumdosen (GRⁱⁿ Heinrichs, KPÖ)

GRⁱⁿ Heinrichs:

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister. Im meinem dringlichen Antrag von heute geht es mir um ein verpflichtendes Pfandsystem für Einweg-, PET- und Glasflaschen sowie für Aluminiumdosen. Seit diesen ersten großen in schrecklicher Weise beeindruckenden Berichten über die rigorosen Umweltverschmutzungen durch Kunststoffabfälle jeglicher Art in und an den Gewässern unseres Planeten erreichen uns die warnenden Hinweise in monatlichen Abständen, über die Nahrungskette gefährdet diese Verschmutzung natürlich letztlich auch den Menschen. In Österreich, in unserer stetig wachsenden Stadt Graz funktionieren allgemein Abfallentsorgung, Verwertung und Wiederverwertung nicht schlecht. Bei der Vermeidung von speziell Kunststoffmüll bzw. beim gezielten Sammeln und Trennen von Einwegpads und Glasflaschen sowie Aludosen hapert es leider recht deutlich. Gleich an dieser Stelle vielen Dank an das Umweltamt Graz und die Abfallwirtschaft Graz für die Erstellung umfassender Maßnahmenkataloge. Ich habe das im Motivenbericht näher ausgeführt bzw. für das Bemühen an den Sortierbänken am Sturzplatz. Bereits 2015 wurde auf EU-Ebene ein Aktionsplan zur „Circular Economy“ gestartet. Das entsprechende EU-Abfallwirtschaftspaket ist mit 22. Mai 2018 beschlossen. Für die Umsetzung gilt eine zweijährige Übergangsfrist für die Mitgliedstaaten. Was allerdings für Österreich Handlungsbedarf bedeutet, den Österreich hat derzeit noch keine umfassenden Programme, also Rechtsvorschriften, Strategien und Maßnahmen, um von der bisherigen linearen Abfallwirtschaft hin zur eben Kreislaufwirtschaft zu gelangen. Laut europäischem, wie österreichischem Abfallrecht ist die Abfallvermeidung oberste Priorität, diametral dazu gilt für Österreich leider, dass die Mehrwegsysteme seit den 1990iger-Jahren rückläufig sind. Dreiviertel der in Österreich erhältlichen Getränke sind in Einwegverpackungen angeboten oder

nicht wiederverwertet, landen im Restmüll, bereiten also ein Mehr an Kosten bei der Müllentsorgung vor oder landen in der Umgebung. Zwar ist das Mehrwegsystem nicht in jeglicher Hinsicht unumstritten, in Summe aller Abwägungen jedoch weist das Mehrweggebinde eine bessere ökologische wie wirtschaftliche Bilanz auf.

Mehrwegflaschen aus Kunststoff können etwa 20-mal, solche wie Glas etwas 40-mal öfter befüllt werden. Das Umweltbundesamt empfiehlt grundsätzlich regional abgefüllte Mehrwegflaschen, was auch Arbeitsplätze in der Region sichert. Das Um und Auf für den regionalen Wirtschaftskreislauf ist Sammeln und Sortieren muss möglichst optimal funktionieren. Seit 2003, sehr geehrte Damen und Herren, zeigt dies Deutschland wirkungsvoll vor. Dort gibt es ein gesetzlich verpflichtendes Pfandsystem für alle Einweggetränke-Verpackungen, auch in anderen europäischen Ländern ist das der Fall. Frankreich erwägt diese Methode, also seit 2018 übrigens, auch bereits. In Deutschland ist das so, dass man zunächst für die Getränkeflasche etwas mehr bezahlt, dann 25 Cent Pfand rückerstattet bekommt, wodurch ca. 99 % an Mehrweggebinden auch zurückkommen. 20 internationale Studien immerhin weisen positive Nettoeffekte von Pfandsystemen auf öffentliche Budgets auf. In Österreich sind wir derzeit diesbezüglich noch unter „ferner liefen“. Was es gibt, sind seit 2002 ein Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes mit dem Titel „Für den Erhalt und Ausbau von Verpackungsmehrwegsystemen“ seit 2010. Ein Allerhand an Initiativen im Parlament und ebenso viele Zurückstellungen bereits in den Ausschüssen. Auch die freiwillige Selbstverpflichtung ist leider gescheitert, die Mehrwegsysteme im Zusammenhang, wie ich schon gesagt habe, rückläufig. Die Konsumenten und Konsumentinnen allerdings sind an Nachhaltigkeit interessiert. Es gibt die Nachfrage nach umweltschonenden Produkten, verpflichtende gesetzliche Maßnahmen sind daher erforderlich. In diesem Sinne stelle ich seitens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

zur dringlichen Behandlung: Der Gemeinderat der Stadt Graz beschließt folgende Petition: Der Bundesgesetzgeber wird ersucht, die gesetzlichen Voraussetzungen für die

Einführung eines verpflichtenden Pfandsystems auf Einwegflaschen aus PET und Glas sowie für Aluminiumdosen zu schaffen und somit den Einsatz von Mehrwegflaschen zu fördern. Danke für die Aufmerksamkeit. Ich bitte um Annahme (*Allgem. Appl.*).

Originaltext des dringlichen Antrages:

Das Problem der Unmengen von Plastikmüll aller Art in Flüssen, Weltmeeren und an den Küsten wird uns seit Jahren vor Augen geführt. Auch das Mikroplastikproblem ist im Steigen begriffen. Umweltorganisationen warnen vor den mehr als bedenklichen Folgen dieser Missstände, die WHO warnt mittlerweile vor dem Konsum von Meeresfischen.

Grundsätzlich gilt für das europäische wie österreichische Abfallrecht:

Vermeidung, Wiederverwertung, stoffliche Verwertung, energetische Verwertung, Abfallentsorgung.

Bereits 2015 wurde auf EU-Ebene ein Aktionsplan zur „Circular Economy“ gestartet. Ein entsprechendes EU-Abfallwirtschaftspaket ist mit 22. Mai 2018 beschlossen. Es gilt eine zweijährige Übergangsfrist für die Mitgliedsstaaten.

Das bedeutet für Österreich allerdings Handlungsbedarf, denn Österreich hat derzeit noch keine umfassenden Programme (Rechtsvorschriften, Strategien und Maßnahmen), um den Schritt von der bisherig linearen Abfallwirtschaft hin zur Kreislaufwirtschaft erfolgreich bewältigen zu können.

Dankenswerterweise hat das Grazer Umweltamt (Referat für Abfallwirtschaftscontrolling) schon seit längerem einen umfangreichen Maßnahmenkatalog erstellt. Es gibt aktuelle Überlegungen von Papierkorbanalysen zur Überprüfung des Verbrauchs von Einwegbechern bis zum Mehrwegbecherpfandsystem. Den Verbrauch von Plastiksackerln zu reduzieren, ist geplant.

Der obersten Priorität, nämlich der Abfallvermeidung, steht der stark angestiegene Anteil von Einweg-Getränkeverpackungen in Österreich entgegen. Dreiviertel der in Österreich erhältlichen Getränke werden in Einwegverpackungen angeboten. Laut ARA (Altstoff Recycling Austria) gelangen in der Steiermark nur 40 % der Leichtverpackungen aus den gelben Tonnen zur Wiederverwertung. 60 % werden verbrannt. Ca. 500 Mill. Einwegflaschen werden derzeit verbrannt oder gar nicht wiederverwertet. Zahllose Getränkeflaschen landen im Restmüll oder in der Umgebung.

Jeglicher Kritik dem Mehrwegbehältnissystem gegenüber steht die Tatsache, dass Mehrwegflaschen eine ökologisch wie wirtschaftlich bessere Bilanz darstellen. Wird eine Ein-Liter-Einwegflasche aus Plastik hergestellt, fallen rund 55 Gramm mehr CO₂-Emissionen an, als wenn eine Glasflasche wiederbefüllt wird. Mehrwegflaschen aus Kunststoff können rund 20-mal wieder befüllt werden, solche aus Glas sogar 40-mal. Mehrwegflaschen fördern regionale Wirtschaftskreisläufe und sichern Arbeitsplätze. Auch das Umweltbundesamt empfiehlt grundsätzlich regional abgefüllte Mehrwegflaschen, die Logistik dazu ist auch in der Regel regional organisiert. Damit Verwertung und Wiederverwertung gut abgewickelt werden können, muss natürlich die Sammlung und das Sortieren der diversen Gebinde möglichst optimal funktionieren. Das Sammeln über Pfandsysteme stellt dabei – wie in Deutschland seit Jahren deutlich sichtbar – eine sehr wirkungsvolle Methode dar.

Seit 2003 besteht in Deutschland die gesetzliche Pflicht für alle Einweg-Getränkeverpackungen. Auch in Schweden, Finnland, Norwegen, Estland, Litauen und Kroatien gibt es diesbezügliche Pfandsysteme, seit Februar 2018 erwägt Frankreich ebenso das Pfand auf Dosen und Plastikflaschen.

Von einem Rückgabesystem gegen Vermüllung der Umwelt wie in Deutschland ist Österreich aber noch weit entfernt.

In Deutschland bezahlt man zunächst etwas mehr für das Getränk, erhält dann 25 Cent an Pfand zurück. 98,5 % an Einweggebinden und 99,5 % an Mehrwegflaschen gelangen

retour. 20 internationale Studien weisen positive Nettoeffekte von Pfandsystemen auf öffentliche Budgets aus. Die ARA rechnet bei Einführung auch für Österreich mit einer Rücklaufquote von 90 % an Plastikflaschen.

Sehr wohl gibt es in Österreich mit Beginn 2010, und weiters aus den Jahren 2013, 2015, 2016, 2017 Initiativen zum komplexen Thema. Bereits aus 2002 existiert ein Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes „Für den Erhalt und Ausbau von Verpackungsmehrwegsystemen“.

Die „freiwillige Selbstverpflichtung“ (freiwillige Vereinbarung des vormaligen Umweltministers mit Handel und Getränkewirtschaft in der Gesetzgebungsperiode 2013 bis 2017) ist allerdings leider gescheitert. Die Mehrwegsysteme sind seit 1990 Jahren stark rückläufig.

Laut Umfragen über Handel und Konsumententrends ist die Nachhaltigkeit den österreichischen Konsumenten und Konsumentinnen zunehmend ein wesentliches Anliegen. Es müssen daher dementsprechend umweltschonende Produkte auch angeboten werden. Verpflichtende gesetzliche Maßnahmen sind längst erforderlich.

Im Sinne einer gesunden, intakten Umwelt, und damit gehobene Lebensqualität auch für unsere Nachkommen in Stadt und Land gewährleistet ist, stelle ich daher im Namen der KPÖ-Gemeinderatsfraktion folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung:

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Der Gemeinderat der Stadt Graz beschließt folgende Petition:

Der Bundesgesetzgeber wird ersucht, die gesetzlichen Voraussetzungen für die Einführung eines verpflichtenden Pfandsystems auf Einwegflaschen aus PET und Glas

sowie für Aluminiumdosen zu schaffen und somit den Einsatz von Mehrwegflaschen zu fördern.

Bgm. Nagl:

Danke vielmals. Ich möchte ganz kurz jetzt unterbrechen, weil der GR Eber mich darauf aufmerksam gemacht hat, dass wir bei dem letzten Stück „Lebensraum Mur“, das ich jetzt abstimmen habe lassen über drei Punkte, die vorne im Betreff angeführt sind, und wo es auch eine Zusammenfassung gibt und dahinter gibt es sieben Punkte. Jetzt darf ich die Fraktionen nur ersuchen, mir zu sagen, ob man dann alle sieben Punkte abstimmen will, oder ob es ein anderes Abstimmungsverhalten gibt.

Zwischenruf: unverständlich.

Bgm. Nagl:

Gut, ok, das Stück ist dann so beschlossen, aber es gab auf Grund des Abstimmungsverhaltens natürlich auch die negativen Stellungnahmen dazu. Danke.

GRⁱⁿ Schleicher zur Dringlichkeit:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, liebe Zuhörer, liebe Antragstellerin. Du sprichst da ein ganz wichtiges zukunftssträchtiges Thema an. Es ist einfach unbeschreiblich, wie massiv unser Planet belastet wird durch Vermüllung, durch Verschwendung, wie du es so schön angesprochen hast. Besonders problematisch der Plastikmüll. Jeder von uns kennt die Plastikinseln im Meer oder auch sehr problematisch das Mikroplastik, das schon im Speisefisch, in Lebensmitteln nachgewiesen wird. Zum Glück haben wir jetzt einen freiheitlichen Minister für Umwelt und ich weiß, dass das Thema für ihn extrem wichtig ist. Nicht nur als Minister,

sondern dass es ihm einfach ein persönliches Anliegen ist, da etwas weiterzubringen und das findet sich auch im Regierungsprogramm wieder. Dazu finden sich etliche Punkte. Wenn man sich das Regierungsprogramm anschaut unter dem Punkt nationale und internationale Maßnahmen zur Schaffung einer Kreislaufwirtschaft. Die Bundesregierung hat da eine Vision, nämlich die Vision von null Abfall und deshalb soll eben eine Kreislaufwirtschaft geschaffen werden. Da sind etliche Punkte aufgelistet, z. Bsp. durch gesetzliche Rahmenbedingungen für ein Ressourcenmanagement, das Schaffen eines Maßnahmenplanes für die Kreislauf- und Recyclingwirtschaft, die Forcierung der Kooperation eben mit dem Handel, mit der Gastronomie und mit den Herstellern zur Reduktion von Einweggebinden, höhere Strafen bei unsachgemäßer Entsorgung, also das Unterbinden illegaler Abfallexporte, dann, wichtig, auf EU-Ebene das verstärkte Engagement gegen Plastikverschmutzung in den Gewässern sowie die Forcierung des europaweiten Ausstiegs aus der Verwendung von Mikroplastik in diversen Produkten und die Umsetzung der Ökodesign-Richtlinie. Also man sieht, diese ganze Aufzählung dieser Punkte zeigt, dass in dieser Regierungsperiode, und man darf nicht vergessen, dass die Regierung erst seit sechs Monaten in Amt und Würden ist, dass in dieser Regierungsperiode in diesem Bereich noch sehr viel weitergehen wird und deshalb ist der Antrag für uns nicht dringlich (*Allgem. Appl.*).

GRⁱⁿ Pavlovec-Meixner:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, liebe Elke. Dein Antrag ist ein Thema, das uns schon sein seit vielen Jahren hier im Gemeinderat begleitet, wo wir immer wieder Initiativen setzen auf kommunaler Ebene, und leider auf nationaler Ebene, also dort, wo die Gesetzgebung stattfindet, noch nicht erfolgreich waren. Wir haben uns die Mühe gemacht und haben ein bisschen etwas zusammengestellt, was da in den letzten Jahren war. Mit dem Beginn mit dem Jahr 2010 da hat meine Kollegin, Frau Gemeinderätin Grabe, eine Petition zur Ausarbeitung eines Mehrwegsystems, z. Bsp. Ökobonusmodell, in den Gemeinderat eingebracht. Es wurde auch angenommen und der Inhalt war, dass entsprechend

Ökobonus-Modell zur Förderung der Mehrwegquote bei Getränkeverpackungen in die Verpackungsverordnung aufzunehmen. Es ist dann 2011 eine ablehnende Antwort gekommen. Die Begründung war, ausschlaggebend für den Kauf von Einwegverpackungen ist vor allem der Kombi-Faktor, eine Umsetzung des Ökobonussystems ist derzeit nicht vorgesehen. 2011 hat dann Kollegin Gemeinderätin Bauer damals einen Antrag eingebracht, dass die Wirtschaft das Mehrwegsystem forcieren und verstärken soll. Antwort war dann, es gibt es eine Wahlfreiheit zwischen Mehrweg und Einweg für Konsumenten und er verweist auf die Verpackungsverordnungs-Novelle. Das Umweltamt hat sich dann bemüht, die Position des Grazer Gemeinderates auch in die Novellierung des Steirischen Abfallwirtschaftsgesetzes einzubringen. Was zumindest gelungen ist, dass im Steirischen Veranstaltungssicherheitsgesetz die verpflichtende Verwendung von Mehrweggebinden auch bei Veranstaltungen, die nicht auf öffentlichem Gut der Stadt Graz stattfinden, vorgeschrieben ist. Als Beispiel, sei Public Viewing im Pfauengarten genannt. Seitens der Stadt finden sehr viele Initiativen und Aktivitäten statt. Seitens der AbfallberaterInnen möchten ich nur nennen Graz-Tasche, Infostunden in Grazer Schulen, gescheit feiern, Beratung über Abfalltrennung in Wohnhaussiedlungen, Erwachsenenbildung, Vorträge und Workshops für MigrantInnen, verschiedene Aktionstage, nachhaltige Veranstaltungen, also Green Meetings, Aktionstage zum Thema Mehrweg, Abfallvermeidung und nachhaltige Lebensweise im Rahmen der europäischen Woche zur Abfallvermeidung. Im Jahr 2016 hat dann deine Kollegin in einem dringlichen Antrag eingebracht, der ziemlich ähnlich ist dem, der uns jetzt vorliegt. Es gab dann auch noch einen Antrag von Kollegin Bauer und natürlich sehen wir die Notwendigkeit, da aktiv zu werden. Das Problem ist nur, dass es eigentlich und das muss ich einmal ganz offen sagen, sehr wenig Sinn macht, Petitionen im Grazer Gemeinderat an den Bund einzubringen, da die Stadt Graz dem Bund gegenüber eigentlich kein Petitionsrecht hat. Da gibt es nämlich verschiedene Qualifikationsvorgaben und die erfüllt ein Gemeinderatsbeschluss offenbar nicht. Das Umweltamt, wenn es jetzt Umweltanträge waren, hat es in letzter Zeit so gehandhabt, dass dann Briefe geschrieben wurden an die Parlamentspräsidenten und ich muss jetzt

ehrlich sagen, die wurden auch sehr oft nicht beantwortet. Das heißt, es ist total schwierig, da wirklich was zu schaffen. Möglicherweise ist es wirklich so, wie die Kollegin Schleicher gesagt hat, dass da die neue Bundesregierung wirklich etwas umsetzen will zur Abfallvermeidung, auch wenn ich keinen freiheitlichen Umweltminister kenne. Du hast gesagt, der freiheitliche Umweltminister, hoffen wir das Beste. Wir stimmen jedenfalls zu und das Umweltamt wird gerne wieder einen Brief schreiben an die Parlamentsdirektion (*Appl.*).

Heinrichs:

Ich bedanke mich für die Zustimmung und für die historischen Ausführungen und danke noch einmal für die Annahme (*Appl.*).

Der dringliche Antrag wurde mit Mehrheit angenommen (gegen SPÖ).

Vorsitzwechsel - Bgm.-Stv. Mag. Eustachio übernimmt den Vorsitz (16.50 Uhr)

8.2 Lösungsfindung zur Beseitigung der Ungleichbehandlung bei der Anspruchsberechtigung auf die SozialCard bei Menschen mit geringem Einkommen (GRⁱⁿ Mag.^a Taberhofer, KPÖ)

GRⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste. Der vorliegende Antrag zur dringlichen Behandlung betrifft eine Lösungsfindung zur Beseitigung der Ungleichbehandlung bei der Anspruchsberechtigung auf die SozialCard bei Menschen mit geringem Einkommen. Im Oktober 2012 wurde, wie lange Zeit von der KPÖ gefordert, die SozialCard in Graz realisiert mit dem Ziel eben, jene Teile der Bevölkerung zu unterstützen, die unter wirtschaftlich schwierigen Umständen leben

müssen und damit Gefahr laufen, gesellschaftlich isoliert zu werden. Und folgendes Fallbeispiel zeigt jedoch auf, dass die festgelegten Kriterien der Stadt Graz zur Anspruchsberechtigung einer SozialCard zu eng gesetzt sind. So erhält eine Frau, die von ihrem niedrigen Erwerbseinkommen lebt, das unter der vorgegebenen Einkommensgrenze von € 1.018,-- liegt, keine SozialCard, weil sie keine GIS-Gebühren-Befreiung vorlegen kann. Denn die Bestimmungen der Stadt Graz sehen nämlich vor, dass Personen dann nicht anspruchsberechtigt sind, wenn sie trotz eines aufrechten Dienstverhältnisses zwar unter der Einkommensgrenze der GIS sind, jedoch keine GIS-Gebühren-Befreiung besitzen. Und diese Koppelung an die GIS-Gebühren-Befreiung führt somit zur Benachteiligung dieser Frau, die trotz ihres Erwerbseinkommens keine Unterstützung erhält. Und sie ist somit ein Beispiel für eine massive Ungleichbehandlung von Menschen mit geringem Einkommen. Und ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

zur dringlichen Behandlung: Die zuständigen Stellen werden gebeten, Lösungen zu suchen, die es berufstätigen Grazerinnen und Grazern mit einem niedrigeren Erwerbseinkommen von € 1.018,-- ermöglichen, die SozialCard der Stadt Graz in Anspruch nehmen zu können. Ich bitte um Annahme (*Appl.*).

Originaltext des dringlichen Antrages:

Im Oktober 2012 wurde die lange Zeit von der KPÖ geforderte SozialCard in Graz realisiert mit dem Ziel, jene Teile der Bevölkerung zu unterstützen, die unter wirtschaftlich schwierigen Umständen leben müssen und damit Gefahr laufen, gesellschaftlich isoliert zu werden.

Folgendes Fallbeispiel zeigt jedoch auf, dass die festgelegten Kriterien der Stadt Graz zur Anspruchsberechtigung einer SozialCard zu eng gesetzt sind. So erhält eine Frau, die

von ihrem niedrigen Erwerbseinkommen lebt, das unter der vorgegebenen Einkommensgrenze von 1.018 Euro liegt, keine SozialCard, weil sie keine GIS-Gebührenbefreiung vorlegen kann. Denn die Bestimmungen der Stadt Graz sehen nämlich vor, dass Personen dann nicht anspruchsberechtigt sind, wenn sie trotz eines aufrechten Dienstverhältnisses zwar unter der Einkommensgrenze der GIS sind, jedoch keine GIS-Gebührenbefreiung besitzen. Diese Koppelung an die GIS-Gebührenbefreiung führt somit zur Benachteiligung dieser Frau, die trotz ihres Erwerbseinkommens keine Unterstützung erhält. Sie ist somit ein Beispiel für eine massive Ungleichbehandlung von Menschen mit geringem Einkommen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung:

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Die zuständigen Stellen werden gebeten, Lösungen zu suchen, die es berufstätigen Grazerinnen und Grazern mit einem niedrigeren Erwerbseinkommen von 1.018 Euro ermöglichen, die SozialCard der Stadt Graz in Anspruch nehmen zu können.

GRin Potzinger:

Sehr geschätzter Herr Bürgermeister-Stellvertreter, geschätzte Regierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Antragstellerin, liebe Damen und Herren auf der Galerie. Ich schicke gleich voraus, die ÖVP wird der Dringlichkeit zustimmen. Es ist prinzipiell mehr als gerechtfertigt, das Anliegen aufzuzeigen. Rein semantisch bin ich ein bisschen über einen Satz drübergestolpert, der vielleicht noch zu präzisieren ist: Da steht, die zuständige Stellen werden gebeten, Lösungen zu suchen, die es berufstätigen Grazerinnen und Grazern mit einem niedrigeren Erwerbseinkommen von € 1.018,-- ermöglichen, die SozialCard in Anspruch zu nehmen. Da müsste es wohl heißen, mit einem niedrigen Erwerbseinkommen bis zu € 1.018,-- oder unter € 1.019,--

ermöglichen. Das bitte noch zu korrigieren. Das sind StudienkollegInnen, da darf man semantische Feinheiten besprechen. Wir werden, wie gesagt, selbstverständlich, weil der Inhalt/die Dringlichkeit gebietet hier, der Dringlichkeit zuzustimmen und meine Kollegin Verena Kumpitsch wird dann noch einen Abänderungsantrag formulieren, um zu präzisieren, worum es geht. Dass man nicht sagt, da sollen nur die zuständigen Stellen Lösungen suchen. Das ist primär ein Bundesthema. Die Ausgestaltung der Befreiung von der GIS. Es kann nicht sein, dass Erwerbstätige mit geringem Einkommen nicht von der GIS-Befreiung profitieren. Wenn aber jemand ausschließlich von Sozialhilfe lebt, ohne eigenes Erwerbseinkommen, bei gleichem Einkommen den Anspruch hat, deshalb Kollegin Kumpitsch wird dann den Abänderungsantrag formulieren. Der Dringlichkeit stimmen wir jetzt einmal zu.

Der dringliche Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bgm.-Stv. **Eustacchio:**

Wir kommen zum Inhalt. Gibt es dazu eine Wortmeldung?

GRⁱⁿ **Kumpitsch:**

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, werte Kollegen, Zuschauer auf der Tribüne, liebe Ulli. Prinzipiell ich kenne das Problem. Ich habe genau dasselbe Problem persönlich auch gehabt und insofern ist klar, um was es geht. Der Antragstext allerdings ist nicht wirklich präzise genug ausgeführt, weil da geht es nur um die SozialCard in dem Antrag. Ich glaube, das ist nicht das eigentliche Problem. Das eigentliche Problem ist, dass eben Menschen, die auf Grund ihrer Erwerbstätigkeit keine sozialen Leistungen in Anspruch nehmen, nicht GIS-Gebühr befreit sind, weil sie keine sozialen Transferleistungen bekommen, und das sollte man da nicht aus den

Augen verlieren. In diesem Sinne stelle ich namens des Gemeinderatsklubs von ÖVP und FPÖ folgenden

Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen, die Stadt Graz tritt auf dem Petitionsweg an den Bund heran, die gesetzlichen Regelungen betreffend GIS-Gebühren-Befreiung dahingehend abzuändern, dass Ungleichbehandlungen, wie jene im Motivenbericht, beseitigt werden und zweitens das Sozialamt wird beauftragt zu prüfen, welche Auswirkungen ein Abgehen von der GIS-Gebühren-Befreiung als Anspruchsvoraussetzung und eine damit verbundene Einzelfallprüfung des Einkommens im Rahmen des Antrages, der Antragsprüfung zur SozialCard hätte. Ich bitte um Annahme (*Appl.*).

Originaltext des Abänderungsantrages:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Namens des ÖVP-Gemeinderatsklubs stelle ich den

Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

- 1. Die Stadt Graz tritt auf dem Petitionsweg an den Bund heran, die gesetzlichen Regelungen betreffend GIS-Gebührenbefreiung dahingehend abzuändern, dass Ungleichbehandlungen, wie jene im Motivenbericht, beseitigt werden.*
- 2. Das Sozialamt wird beauftragt zu prüfen, welche Auswirkungen ein Abgehen von der GIS-Gebührenbefreiung als Anspruchsvoraussetzung und eine damit*

verbundene Einzelfallprüfung des Einkommens im Rahmen der Antragsprüfung zur SozialCard hätte.

GRⁱⁿ Ribo:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Gäste, liebe Ulli, danke dir für deinen Antrag. Wie du wahrscheinlich dir eh jetzt denken kannst, werden wir dem zustimmen. Ein ganz wichtiges Thema. Klar, wenn es um Personengruppen geht, die eben benachteiligt werden, dass wir uns da einsetzen, dass das wieder behoben wird. Liebe Kollegin von der ÖVP, auch bei deinem Antrag werden wir dem Punkt 1 zustimmen. Beim Punkt 2 tun wir uns ein bisschen schwer, weil das Sozialamt wird beauftragt zu prüfen, welche Auswirkungen ebenso eine Einzelfallprüfung mit sich bringt. Da kann man sich schon vorstellen, dass die Antwort auch irgendwie der Mehrarbeit auch zurückkommt. Weil es ist natürlich eine Erleichterung, wenn man eben mit dem GIS-Bescheid das gleich in einem macht. Deswegen auch, wenn das Mehrarbeit bedeuten sollte, sind wir trotzdem dafür, dass es behoben wird diese Benachteiligung und ja, bitte um getrennte Abstimmung, weil Abänderungsantrag, wenn möglich. Danke (Appl).

Ehmann:

Herr Vizebürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen auf der Stadtregerungsebene, KollegInnen im Gemeinderat, Zuhörerinnen und Zuhörer, liebe Antragstellerin. Ja, wir sehen das Problem auch, das dringlich ist, absolut berechtigt. Aber wir werden natürlich auch dem Abänderungsantrag zustimmen von der Kollegin Kumpitsch, weil natürlich der zweite Punkt, den sie anführt, was die Kollegin Ribo jetzt angesprochen hat mit der Einzelfallprüfung, das war ein historisches Problem oder ist ein historisches Problem, weil man sich seinerzeit darauf verständigt hat, dass man die GIS-Gebührenbefreiung auf Grund der Verwaltungsvereinfachung nimmt und jemand, der GIS-Gebühren befreit ist, automatisch SozialCard beziehen kann. Natürlich ist das Problem

darin, dass die GIS-Befreiung selbst per se, die Inanspruchnahme hier zu evaluieren, die hier neu aufzustellen ist. Das ist eben die Petition an den Bund und die Einzelfallprüfung, warum das zu erheben ist, ist zwar jetzt nicht meine Aufgabe, den Regierungsantrag zu übersetzen, aber ich mache es gern. Warum die Einzelfallprüfung natürlich vorher zu erheben ist. Es muss das Amt logischerweise wissen, mit was für einem Mehraufwand habe ich zu rechnen, welche Personalagenden werde ich zukünftig möglicherweise durch eine derartige Veränderung brauchen und dann kann ich auch dementsprechend weiter vorgehen und auch die entsprechenden Personen anstellen oder innerhalb der Ämter verschieben oder wie auch immer. Aber, wie gesagt, das ist der Sinn dahinter und deswegen halten wir das für sehr sinnvoll und wir werden sowohl dem Antrag als auch dem Abänderungsantrag voll und ganz zustimmen. Danke (*Allgem. Appl.*).

Taberhofer:

Die semantische Kritik der Kollegin nehme ich jetzt gelassen hin. Sie hat Recht, es ist kein großes Problem. Wichtig scheint mir zu sein, warum wir den Antrag also so formuliert haben, ohne jetzt mehrere Möglichkeiten aufzuzeigen, die sich als Lösung anbieten, liegt daran, dass ich gedacht habe, dass es eine breitere Zustimmung geben wird, wenn man das offenlässt und das war eigentlich ausschlaggebend, weil es gibt mehrere Möglichkeiten und genau die werden jetzt in dem Abänderungsantrag der ÖVP ja noch einmal genannt. Es zeigt sich ja, dass eine Mehrheit einem Abänderungsantrag folgen wird, ist es für uns wichtig zu sagen, auch wir können dem letztendlich zustimmen, weil uns geht es eigentlich wirklich um die Zielgruppe, die betroffen ist, die irgendwie um ihr Recht gebracht wird, kann man sagen, und zwar unwissentlich. Weil ich weiß, wir haben damals bei den Bestimmungskriterien hineinformuliert und es zeigt sich aber dann immer wieder, wir haben nicht alles dann immer im Kopf gehabt und es ergeben sich dann Schwierigkeiten, die man einfach lösen muss. Und so gesehen wünsche ich, dass das im Vordergrund steht und da werden wir auch uns keine Zacke aus der Krone brechen, wenn man jetzt auch dem

Abänderungstrag zustimmen. Ja und ich bedanke mich jetzt schon, weil ich sehe, es wird an Lösungen gearbeitet werden. Es zeichnet sich ab. Danke (*Allgem. Appl.*).

Der Punkt 1. des Abänderungsantrages wird einstimmig angenommen.

Der Punkt 2. des Abänderungsantrages wird mehrheitlich gegen Grüne angenommen.

8.3 Erstellung eines alternativen Verkehrskonzeptes bei ÖV-Stillstand (GR Mag. Sippel, FPÖ)

GR Mag. **Sippel:**

Herr Bürgermeister-Stellvertreter, hoher Gemeinderat, werte Zuseher. Morgen ist Zeugnisverteilung. Ich darf heute schon ein Zeugnis verteilen, auch wenn Sie mir als Person durchaus sympathisch sind, gibt es für die Erfüllung der Zuständigkeit im Verkehrsressort heute eine glatte Fünf, und zwar anstatt ihre Ressortverantwortung wahrzunehmen und geeignete Maßnahmen zu ergreifen. Wir sprechen da vom Montag dieser Woche, z. Bsp. die Bürger dieser Stadt zu informieren. Da hat man nichts gehört aus Ihrem Amt. Waren Sie stattdessen bei der Betriebsversammlung in der Holding und haben gemeinsam mit Ihren Genossen, mit Herrn Robert Krotzer und Manfred Eber, eben dort teilgenommen? Stattdessen haben viele Jahreskartenbesitzer nicht mit den öffentlichen Verkehrsmitteln fahren können. Viele arbeitende Menschen aus Graz-Umgebung, aus Graz, Pendler, sind zu spät zur Arbeit gekommen und auch Lehrer mit ihren Schülern haben nicht mit den öffentlichen Verkehrsmitteln fahren können, als sie zu Schulausflügen wollten und haben stattdessen auf die teuren Taxis zurückgreifen müssen. Ich möchte jetzt keine Debatte führen über die Möglichkeit zu streiken und über das Streikrecht, das ist ein wichtiges, im wahrsten Sinne des Wortes, erkämpftes Recht der Arbeiterschaft. Ich möchte auch keine Debatte über die

Arbeitszeitflexibilisierung hier führen, das werden wir dann eh noch nachher machen bei deinem dringlichen Antrag, lieber Michi Ehmann. Ich möchte auch nicht darüber jetzt reden, dass da auch Mitarbeiter, die nicht damit einverstanden sind, wie sich hier auch der Betriebsrat positioniert, eigentlich politisch missbraucht worden sind. Ich möchte auch nicht darüber reden, dass im Herbst Betriebsratswahlen sind und sich manche Persönlichkeiten aus dem roten Bereich sich stark ins Szene setzen wollten. Das ist alles nicht Thema. Ich möchte darüber reden, in welcher Funktion die Verkehrsstadträtin bei dieser Betriebsversammlung anwesend war. Sicher einmal nicht, davon können wir ausgehen, als Verkehrsstadträtin. Weil, eines ist ganz klar, wir als oberstes Organ als Gemeinderat trauen den Stadträten durch die Geschäftseinteilung gewisse Agenden zu bzw. vertrauen ihnen diese an. Und da sind nicht nur Rechte damit verbunden, sondern auch Pflichten. Selbstverständlich, wir haben auch unser Statut. Da steht drinnen, dass diese nicht nur zu übernehmen sind, sondern dass man diese auch entsprechend auszuführen hat und daraus ergeben sich sogenannte normierte Verpflichtungen. Das heißt, in dem Fall ist die Frau Verkehrsstadträtin auch zentraler Ansprechpartner für alle Verkehrsfragen der Bevölkerung. Und genau um diese Verkehrsfragen ist es am Montag gegangen. Nämlich darum, welche Möglichkeiten gäbe es beispielsweise, um trotzdem alternativ einen öffentlichen Verkehr sicherzustellen. Und wie man es machen kann, das ist ja schon ein Zeiterl her, das gebe ich zu, vor 15 Jahren, ein roter Verkehrsstadtrat in Wien, die wissen das. Das war damals der Verkehrsstadtrat Rudolf Schicker, da ist es damals gegangen um das Thema Pensionsreform damals der schwarz-blauen Regierung. Auch damals hat es Widerstand gegeben. Das ist ja grundsätzlich in Ordnung. Auch damals hat es Betriebsversammlungen und sogar Streiks gegeben. Der Rudolf Schicker hat gesagt, er ist grundsätzlich als Roter natürlich mit dieser Protestbewegung solidarisch. Aber er hat keine Freude damit, dass der Verkehr lahmgelegt wird und er hat eines gemacht, er hat sich hingestellt und hat Alternativen aufgezeigt. Er hat die Bevölkerung informiert, wie kommt man an diesem Tag gut in die Stadt hin, er hat Empfehlungen und Tipps ausgesprochen und er hat sogar Bus- und Taxispuren für den öffentlichen bzw. Individualverkehr freigegeben. Also, er hat sich

darum gekümmert, dass es reibungslos funktioniert und das ist am Montag eben ausgeblieben. Und das ist das, was man von Ihnen erwarten darf in Ihrer Zuständigkeit als Verkehrsstadträtin. Es ist Ihnen unbenommen, zu so einer Betriebsversammlung zu gehen. Nur da gehen Sie hin als Kommunistin, als Parteipolitikerin und als Privatperson und wenn Sie gleichzeitig die Allgemeinheit im Stich lassen, keine Alternativlösungen präsentieren, dann ist das Themenverfehlung einmal sowieso, aber es grenzt zumindest auch an eine Vernachlässigung von Pflichten und genau deshalb gibt's diesen

dringlichen Antrag,

der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Der Gemeinderat stellt fest, dass es in diesem Zusammenhang mit der Betriebsversammlung der Holding Linien Aufgabe von Frau Kahr gewesen wäre, dem Stillstand der öffentlichen Verkehrsmittel durch wirksame konzeptive Begleitmaßnahmen kompensatorisch entgegenzuwirken.
2. Der Gemeinderat stellt weiters fest, dass diesbezüglich keine Ansätze und Lösungsvorschläge seitens der Verkehrsstadträtin getroffen und öffentlich kommuniziert worden sind, obwohl sie als zentrale Ansprechperson für alle Verkehrsfragen der Bevölkerung dazu aufgerufen gewesen wäre.
3. Der Gemeinderat stellt fest, dass die Teilnahme an der Betriebsversammlung der Holding Linien ungeachtet der arbeitsrechtlichen Zulässigkeit kein Akt der stadträtlichen Tätigkeit von Frau Kahr war und daher nur ihrem Tätigkeitsbereich als Parteipolitikerin zugerechnet werden kann. In Ermangelung offizieller Kompetenzen war dies also ein Akt privaten Parteihandelns.
4. Im Zusammenspiel mit weiteren zu erwartenden Maßnahmen, die ist ja schon durchaus schon angekündigt worden sowie auch andere Beförderungsunternehmen, nicht nur der Holding Graz Linien, ein wirksames Konzept der Stadt Graz zur Abfederung daraus resultierender

verkehrspolitischer Problemstellungen sogar dringend notwendig. Frau Kahr wird also ebenso dringend ersucht, der ihr vom Gemeinderat zugewiesenen Aufgabenstellung nachzukommen und ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten. Dieses ist dem Gemeinderat und den zuständigen Gremien in der ersten Sitzung nach der Sommerpause des Gemeinderates zu präsentieren. Ich bitte um Annahme (*Allgem. Appl.*).

Originaltext des dringlichen Antrages:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Im Zuge des von der Bundesregierung geplanten neuen Arbeitszeitgesetzes mobilisierten in der Vorwoche zahlreiche Arbeitnehmervertretungen unter Bemühen des 12-Stunden-Arbeitstag-Schreckgespenstes ihre arbeitenden Mitglieder. Dies führte in Graz zum Ergebnis, dass für den vergangenen Montag eine Betriebsversammlung in der Holding Graz Linien anberaumt wurde. Das Ergebnis ist bekannt. Ab 07.45 Uhr fuhren Busse und Straßenbahnen in die Remisen, und für mehr als vier Stunden standen in Graz alle öffentlichen Verkehrsmittel still. Erst ab etwa 13.00 Uhr pendelte sich der Regelfahrplan langsam wieder ein. Als Folge des Streiks kam es zu zäh fließendem Verkehr im Bereich der Innenstadt sowie auf den Haupteinfahrtsrouten. Kindergärten und Schulen mussten ihre für die letzte Woche vor den Ferien geplanten Ausflüge kurzerhand absagen.

Anstatt ihre Ressortverantwortung wahrzunehmen und geeignete Maßnahmen zu ergreifen, erklärte sich die kommunistische Stadträtin Elke Kahr bereits im Vorfeld mit der Streikbewegung solidarisch. Amtliche Mitteilungen aus ihrem Büro suchte man auf den offiziellen Kanälen der Stadt Graz vergebens. Die einzige Information, die auf der Webseite der Stadt zu finden war, stammte von der Holding Graz. In drei kurzen Sätzen wurde darin mitgeteilt, dass von 08.30 Uhr bis 10.30 Uhr eine Betriebsversammlung

stattfinde und der reguläre Fahrbetrieb ab 12.30 Uhr wieder aufgenommen werden könne.

Darüber hinaus wurde im Anschluss an die Betriebsversammlung der Graz Linien bekannt, dass die KP-Stadträtin selbst an der Betriebsversammlung teilgenommen habe. Auch die Teilnahme der Genossen Krotzer und Eber wurde in Folge bestätigt.

Das Recht zu streiken, ist als eine wesentliche Maßnahme des Arbeitskampfes gerade in Österreich ein legitimes Mittel. Daran wollen wir nicht und daran werden wir auch nicht rütteln. Wohl aber erstaunt der Umstand, dass der ÖGB-Chef und Zentralbetriebsratsvorsitzende der Holding Graz, Horst Schachner, mit Hilfe der Presse den Anschein erweckte, die Fahrer der Holding Graz Linien wären geschlossen gegen die Pläne der Regierung. Hier wurden und werden die Mitarbeiter für politische Zwecke missbraucht. Gleichzeitig springt die Grazer Verkehrsstadträtin auf diesen Zug auf und agiert ihrerseits nun wie eine Personalvertreterin und als Streikbefürworterin.

Als Stadträtin ist Elke Kahr Bestandteil der Hoheitsverwaltung. In Ausübung ihres Amtes hat sie die Interessen der Stadt Graz zu vertreten und jene Aufgaben zu erfüllen, die ihr der Wähler im Rahmen der Verwaltung zugedacht hat. Streikaufrufe gehören jedenfalls nicht zu den Pflichten einer Grazer Stadträtin Elke Kahr. Vielmehr hätte man erwarten dürfen, dass sie geeignete Maßnahmen innerhalb ihrer Ressortverantwortung ergreift, um der arbeitenden Bevölkerung inklusive der zahlreichen Einpendler sowie Eltern, die ihre Kinder in Schulen und Kindergärten befördern müssen, eine entsprechende Unterstützung zu bieten.

Gemäß § 63 Abs 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz haben die Mitglieder des Stadtsenates die Verpflichtung, die ihnen vom Gemeinderat gem. § 62 Abs 3 zugewiesenen Geschäftsgruppen als Stadtsenatsreferate zu übernehmen. Gemäß § 63 Abs 2 sind Stadtsenatsreferenten dazu verpflichtet, im Falle ihrer Entsendung in Körperschaften oder Kommissionen als Vertreter der Stadt zu fungieren.

Aus vorgenannten Bestimmungen des Statutes der Landeshauptstadt Graz – immerhin ein Landesgesetz – sowie aus der Geschäftseinteilung ergibt sich ein eindeutiges Bild über die normierten Verpflichtungen eines Mitgliedes des Grazer Stadtsenates. Gemäß der Geschäftseinteilung der Stadt Graz ist die Abteilung für Verkehrsplanung gemäß der 3. Hauptgruppe „verschiedene Angelegenheiten“ auch zentraler Ansprechpartner für alle Verkehrsfragen der Bevölkerung. Frau Kahr ist als zuständige Stadtsenatsreferentin die politisch verantwortliche Persönlichkeit in diesem Geschäftsbereich der Stadt Graz. Als Bestandteil der Hoheitsverwaltung hat sie gemäß des Statutes der Stadt Graz die Verpflichtung, in an allen Ausschüssen, Kollegialorganen, Kommissionen als Vertreterin der Stadt zu fungieren.

Wir dürfen festhalten, dass Frau Kahr in Verkehrsfragen keine Vorkehrungen getroffen hat, die dazu geeignet wären, allfällige Probleme der Bevölkerung, die sich durch den Stillstand der Holding Graz Linien ergeben haben, zu lösen. Frau Kahr hat nicht einmal ungeeignete Maßnahmen zur Problemlösung ergriffen, sie blieb in dem ihr zugewiesenen Aufgabenbereich schlichtweg untätig. Parteipolitisch war sie hingegen sehr aktiv.

Frau Kahr und Genossen nahmen, wie bereits erwähnt, an der Betriebsversammlung der Holding Graz Linien teil. Im Gegensatz zu ihrer ressortpolitischen Schweigsamkeit sparte sie nicht mit medial kundgemachten Solidaritätserklärungen. Das Statut der Stadt Graz war im Laufe der Jahre permanenten Anpassungen und unterschiedlichen Interpretationen unterzogen, allerdings muss selbst bei großzügigster Auslegung verneint werden, dass Maßnahmen des Arbeitskampfes zu den Aufgaben eines Stadtsenatsreferenten der Stadt Graz zu zählen wären.

Frau Kahr hat also als Privatperson, als Parteipolitikerin und Kommunistin gehandelt. Solches darf sie, das soll so sein, und das steht ihr grundsätzlich auch zu. Wenn sie allerdings in einer Situation, in der sie als Vertreterin der Stadt Graz in gewählter Funktion dazu verpflichtet wäre, Lösungen für die Allgemeinheit zu liefern, ihren

privaten politischen Anliegen nachgeht, dann ist dies eine Themenverfehlung, die durchaus an eine Vernachlässigung von Pflichten grenzt. Gewiss sind die Grenzen zwischen parteipolitischem Handeln und hoheitlicher Pflichterfüllung bisweilen fließend und nicht immer abschließend zu definieren. Im konkreten Fall aber sprechen die offensive Politagitation auf der einen Seite und die eher dezente Ressortarbeit auf der anderen Seite eine klare Sprache.

Aus diesem Grund ergeht namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgender

dringlicher Antrag

*gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat stellt fest, dass es im Zusammenhang mit der Betriebsversammlung der Holding Graz Linien Aufgabe von Frau Kahr gewesen wäre, dem Stillstand der öffentlichen Verkehrsmittel durch wirksame konzeptive Begleitmaßnahmen kompensatorisch entgegenzuwirken.

Der Gemeinderat stellt weiters fest, dass diesbezüglich keine Ansätze und Lösungsvorschläge seitens der Verkehrsstadträtin getroffen und öffentlich kommuniziert worden sind, obwohl sie als zentrale Ansprechpartnerin für virulent gewordene Verkehrsfragen der Bevölkerung dazu aufgerufen gewesen wäre.

Der Gemeinderat stellt weiters fest, dass die Teilnahme an der Betriebsversammlung der Holding Graz Linien ungeachtet der arbeitsrechtlichen Zulässigkeit kein Akt der stadträtlichen Tätigkeit von Frau Kahr war und daher nur ihrer Tätigkeit als Parteipolitikerin zugerechnet werden kann. In Ermangelung offizieller Kompetenzen war dies also ein Akt privaten Parteihandelns.

Im Zusammenspiel mit weiteren zu erwartenden Maßnahmen der Holding Graz Linien sowie auch anderer Beförderungsunternehmen erscheint ein wirksames Konzept der Stadt Graz zur Abfederung daraus resultierender verkehrspolitischer Problemstellungen sogar dringend notwendig. Frau Kahr wird also ebenso dringend ersucht, der ihr vom Gemeinderat zugewiesenen Aufgabenstellung nachzukommen und ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten. Dieses ist dem Gemeinderat und den zuständigen Gremien in der ersten Sitzung nach der Sommerpause des Gemeinderates zu präsentieren.

StRⁱⁿ Kahr:

Sehr geehrter Herr Gemeinderat. Ich sage das jetzt so, weil im Motiventext, den Sie ja Gott sei Dank nicht zur Gänze vorgelesen haben, sondern Sie haben das ein bisschen abgewandelt, reden Sie mich oft auch mit Frau Kahr nur an. Ich habe überhaupt keine Ständesdünkel und bin ja auch nicht in die Politik gegangen, um jetzt groß zu glänzen mit irgendwelchen Titeln. Ich glaube, so gut kennen Sie mich und es freut mich auch, wenn Sie mich durchaus zwischenmenschlich sympathisch finden. Ich schaue Sie, wenn ich vorne sitze, auch oft an und denke mir, Sie könnten eigentlich mein Sohn sein (*Lachen im GR-Saal*) und da hätte ich Sie müssen eigentlich öfters schon zur Seite nehmen und Ihnen eigentlich etwas, und ich mache jetzt den Bogen zu ihrem Dringlichkeitsantrag, manchmal unter vier Augen sei es in einer gemütlichen Runde gesagt hätte, nämlich genauso wie es meine Eltern mir, und ich komme aus einer Arbeiterfamilie, auch immer gesagt haben, wenn ich den Bogen überspannt habe. Und den habe ich natürlich auch manchmal, weil dazu neigt man als junger Mensch, und mein Vater vor allem, der mir immer gesagt hat, Elke, all das, was du jetzt vorfindest, und das war damals zu meiner Zeit bei Gott noch nicht alles so, wie es jetzt ist, wir haben kein Klo drinnen gehabt, das war nicht selbstverständlich dieses und jenes, was man als selbstverständliches Recht heute sieht. Er hat mir gesagt, ich soll immer einen aufrechten Weg gehen, dass nichts vom Himmel gefallen ist und alles, was ich, aber auch Sie, Herr GR Sippel, heute erleben, ist immer, Sie haben das Wort schon einmal erwähnt, erkämpft worden und er hat mir immer gesagt, wenn du von dem Weg

überzeugt bist, dann bleibe dem treu und stehe zu dem, ohne aber respektlos zu werden und das möchte ich nur anführen, weil heute sind schon viele Worte hier schon gefallen, wo ich die Perioden zuvor eigentlich vermisse, wenn ich das sagen darf. Ich werde nicht niveaulos sein, sondern versuche Ihnen ganz ehrlich, das können Sie auch gar nicht wissen, in welcher Funktion ich dort war. Ich war es aber in dreierlei Hinsicht. Erstens, wie Sie richtig angemerkt haben, als KPÖ-Politikerin und als Obfrau der Grazer KPÖ, wo ich mich entschieden gegen den 12-Stunden-Tag wende. Heute, während wir hier diskutieren, wird er beschlossen und auch hier, weil es heute schon von Tempo und schnellem Durchzug geredet wird, weiß man, dass es nicht am 1.1., sondern dass diese Arbeitszeiterweiterung für die Beschäftigten am 1. September schon in Kraft tritt. Umso notwendiger war dieses Aufzeigen von allen ArbeiterInnen und Angestellten und von den Betriebsräten. Und ich bin froh darüber und in dieser Funktion habe ich mich auch solidarisch erklärt und werde das auch weiterhin als KPÖ-Politikerin tun (*Allgem. Appl.*). Aber ich war auch als Verkehrsstadträtin dort und zwar warum? Weil ich in dem einem Jahr auch gesehen habe, wie es vielen Kollegen und Kolleginnen bei der Graz Holding geht. Es ist genauso ein Druck dort bei allem, was hier großartig geleistet wird, ob von den AbteilungsleiterInnen bis hinten in die letzte Ebene. Aber eines habe ich gesehen. Es fehlt durch die Bank an Personal und es ist auch bei den Graz Linien so. Und das ist auch, weil heute gesagt wurde, da ist nichts über betriebsinterne Sachen gesprochen worden von den BetriebsrätInnen und vom Zentralbetriebsrat-Vorstand. Es ist sehr genau das Problem mit der Urlaubsproblematik angesprochen worden. Und ich bin selbst von etlichen Kollegen dort auch ...

Bgm.-Stv. Eustacchio:

Elke, du bist eine halbe Minute über der Zeit. Du musst schnell werden oder sonst zum Inhalt weitersprechen.

StRⁱⁿ **Kahr:**

...da hast du Recht und ich versuche mich auch schon den Bogen und die dritte Frage habe ich eigentlich schon zu Beginn angesprochen, das ist das, was ich als Elke Kahr immer tun würde, genauso wie ich es zu Hause eigentlich gelehrt bekommen habe, da brauche ich gar keine Partei dazu. Das besagt mir, aber ich möchte Ihnen eines noch sagen wegen dem Notfallsplan. Da schaue ich mir das an, was die KollegInnen, Sie wissen übrigens ganz genau, dass ich kein Durchgriffsrecht habe bei den Graz Linien. Aber ich habe mich sehr wohl natürlich auch bei den KollegInnen dort erkundigt, wie die Verkehrs...

Bgm.-Stv. **Eustacchio:**

Elke, bitte den Inhalt, nicht mehr jetzt. Danke.

Kahr:

Dann werde ich zum Schluss noch eines sagen. Trotzdem, das erlaube ich mehr jetzt. Es geht mir nicht darum, was Sie als Rechte und Pflichten hier sehen oder auch Ihre Meinung hier ist für mich nicht entscheidend, sondern entscheidend ist für mich ausschließlich, wie die Menschen die Verkehrspolitik von mir beurteilen, die Grazerinnen und Grazer, und was die Menschen, die draußen betroffen sind von dieser 12-Stunden-Erweiterung ...

Bgm.-Stv. **Eustacchio:** Aus jetzt.

Kahr:

... aus, ja. Ich habe ja heute von der Disziplin und Respekt. Ich halte mich daran, ich würde da gerne vieles sagen. Ich will mich nicht wiederholen bei den Dingen (*Allgem. Appl.*).

GR Haßler:

Lieber Armin. Ich melde mich gleich zur Dringlichkeit zu Wort, weil ich nicht davon ausgehe, dass dein sinnbefreiter Antrag die Dringlichkeit bekommen wird. Weil du früher Noten verteilt hast, ich muss dir da leider auch ein Nichtgenügend geben für diesen Antrag, weil inhaltlich, wie gesagt, ist er sinnbefreit, allerdings gibt er doch wesentliche Aufschlüsse auf gewisse Geisteshaltungen der FPÖ. Dass ihr eure soziale Einstellung, wie ihr sie jemals gehabt habt, mit dem Regierungseintritt an der Garderobe der Macht abgegeben habt, das ist inzwischen evident. Bei der ÖVP muss ich auch sagen, das sag ja nicht ich, sagt die Bischofskonferenz und die Caritas, dass sie den Pfad der Tugend schon ein bisschen sehr weit verlassen haben. Was aber schon für mich aufschlussreich ist, ich habe immer gefragt, soziale Heimat-Partei. Wo ist eure Heimat? So nach dem Antrag und nachdem, was momentan im Bund passiert, kann ich nur feststellen, eure Heimat sind sicher nicht die Werkshallen. Eure Heimat ist bestenfalls der Schoß der Industriellenvereinigung. Das kann man aus eurem Verhalten momentan herauslesen.

Vor ein paar Jahren hat euer H.C. irgendwas noch davon gesprochen, dass der 12-Stunden-Tag furchtbar ist, schrecklich ist usw. usf. und jetzt stellt sich der Klubobmann der Grazer FPÖ hin und sagt, das ist eh nur ein Schreckensgespenst, das ist alles nicht so schlimm.

Bgm.-Stv. Eustacchio:

Geht es da noch immer um die Dringlichkeit?

Haßler:

Ja, unterbrich mich nicht, das waren schon wieder 30 Sekunden mehr.

Es wird verspottet und man kann dazu nur sagen, ich glaube, eure Einstellung ist, was interessiert mich das Geschwätz von gestern, jetzt sind wir an der Macht und jetzt sehen wir alles anders. Wie ihr seht's, der Herr Gudenus und der Herr Podgorschek, glaube ich, heißt der ...

Unverständliche Zwischenrufe.

Haßler:

Entschuldigung, momentan spreche ich. Hat der Herr Gudenus und der Herr Podgorschek, das ist der Landesrat in Oberösterreich, sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, der Herr Gudenus hatte nämlich gesagt, dass es darum geht, die Arbeitnehmervertretungen auszuschalten und der Herr Podgorschek hat vor der AfD, leider ist das Protokoll öffentlich worden, sehr offen darüber gesprochen, dass man die Geheimdienste ein bisschen disziplinieren muss und dass man auch die Medien „organisieren“ muss, weil man will ja schließlich eine Meinung in Österreich haben. Du weißt als Historiker, Armin, dass es so etwas Ähnliches schon einmal gegeben hat und du weißt auch, wie es geendet hat.

Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderatssaales.

Haßler:

Es ist aber so. Damals hat man auch gehofft, dass man für viele Jahrzehnte und 1000 Jahre an der Macht bleibt und auch damals ist man daran gescheitert, dass man versucht hat, die Arbeitnehmervertretung auszuschalten.

Laute Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderatssaales.

Bgm.-Stv. Eustacchio betätigt die Ordnungsglocke.

Haßler:

Ich hoffe, du sorgst dafür, dass ich endlich fertigreden kann. Und wenn Ihr schon etwas als dringlich erachten wollt, dann habt ihr von Michael Ehmann dann noch genug Gelegenheit, gegen den 12-Stunden-Tag aufzutreten, das wäre dringlich. Ob die Frau Stadträtin Kahr, die liebe Elke, jetzt als Stadträtin bei der Betriebsversammlung war oder sonst irgendwas, ich sage es volkstümlich, ist mir schnurzpiepegal. Ich finde es als schönes Zeichen, dass sie einfach ein Signal setzt, dass sie hinter den Interessen der Arbeitnehmer steht. Würde anderen auch gut anstehen. Es würde anderen auch gut anstehen, nicht zu versuchen, Betriebsversammlungen ...

Bgm.-Stv. Eustacchio:

Du bist jetzt eine Minute drüber, komme zum Ende.

Haßler:

Du hast mich ja 15-mal unterbrochen und deshalb rede ich jetzt länger.

*Bgm.-Stv. **Eustacchio** schaltet das Mikrofon ab und unterbricht die Rede von GR Haßler auf Grund der Redezeitbeschränkung.*

GR Frölich:

In diesem Haus gibt es Auffassungsunterschiede, was Wortmeldungen zur Dringlichkeit und zum Inhalt eines dringlichen Antrages sind. Aber ich möchte einfach nur kurz

begründen, warum wir der Dringlichkeit selbstverständlich hier zustimmen werden, weil es doch einzigartig ist, wenn eine ressortzuständige Verkehrsstadträtin als wie immer auch, das wirst du uns noch erklären, in welcher Funktion, du kannst dich sicher noch einmal zu Wort melden, du dort warst. an einer Versammlung teilnimmst, die reinen Störcharakter hatte und dem Ansehen des größten städtischen Unternehmens damit ganz einfach geschadet hat. An einer Versammlung teilgenommen hast, die auch nach Ansicht von Prof. Marhold, das ist der Vorstand des Institutes für Arbeits- und Sozialrecht an der TU Wien, keine Betriebsversammlung war, weil einfach die Forderung des Arbeitsverfassungsgerichtes nicht erfüllt war, dass sie einem innerbetrieblichen Interessensausgleich dient, diese Veranstaltung. Dort ist geredet worden über CETA, dort ist geredet worden über Steuerzuckerln für Immobilienmakler uä., hört man. Das sind alles Dinge, die nichts mit dem Betrieb zu tun haben. Und drittens hast du an einer Versammlung teilgenommen, und deshalb erachten wir diesen Antrag als dringlich, die eine reine Protestaktion gegen die Bundesregierung war und die damit die Mitarbeiter der Holding, die Unbetroffenen instrumentalisiert hat, hier teilzunehmen an einer Veranstaltung, die sich rein gegen die Bundesregierung richtet. Mir persönlich ist es ganz egal, wo du deine Zeit verbringst, aber man hat am Montag ganz genau gespürt, dass du deine Zuständigkeit als Verkehrsstadträtin ganz einfach vernachlässigt hast. Weil du dich nicht darum gekümmert hast, dass es Ersatzmöglichkeiten gibt für Menschen, die die öffentlichen Verkehrsmittel nutzen. Dass es entsprechende Vorsorgemaßnahmen gibt, die da früher angesprochen wurden. Du hast dich um nichts Dergleichen gekümmert. Wir sind das im hohen Maße gewohnt und im Antrag wird das auch erwähnt, dass einfach die Ressortzuständigkeit uns ganz, ganz große Sorgen macht, weil der Verkehr in Graz ist eine Herausforderung und die sollte man irgendwann einmal annehmen. Darum bitte ich ganz einfach als Gemeinderat, man kann Stärken und Schwächen haben und muss das auch erkennen. Es gibt Experten bei uns im Haus, die man auch als ressortzuständiges Stadtsenatsmitglied, in dem Fall Ressortzuständige, in Anspruch nehmen kann. Also, das wäre wahrscheinlich alles viel weniger beachtet worden, wenn man gesehen hätte, es gibt entsprechende Begleitmaßnahmen, gut vorbereitet, wie es sich eigentlich

gehört, wenn man in einer Stadt dafür sorgen sollte, dass der Verkehr funktioniert. Aber das ist offenbar nicht deine primäre Sorge, das haben wir am Montag gesehen. Danke und deshalb stimmen wir der Dringlichkeit zu (*Allgem. Appl.*).

GRⁱⁿ Ussner:

Liebe Anwesende. Ich mache es kurz. Also erstens einmal, die Holding Graz Linien haben das frühzeitig angekündigt, man muss da nicht so ein Trara machen, wie ihr das gerade tut. Und die Betriebsversammlung war so angelegt, dass zu Stoßzeiten und zur Beförderung von den Schülern und Schülerinnen, dass das noch abgewickelt worden ist. Und jetzt zu Ihnen, GR Frölich, ich weiß nicht, ob sie da irgendetwas verwechselt haben. Aber die Stadträtin Kahr hat schon gesagt, Sie hat keine Weisungsmacht gegenüber der Holding, wenn, dann hätte das der Beteiligungsreferent Herr Riegler, und da müsstet ihr darauf schauen, was ihr an Verantwortung da versäumt habt. Weil das wäre seine Aufgabe gewesen, da einen Ersatz zu organisieren, als Beteiligungsreferent der Holding. Sie hat nämlich keine Weisungsmacht gegenüber der Holding (*Allgem. Appl.*). Da könntet ihr euch ein bisschen besser informieren, bevor ihr da solche Sache verbreitet. Und jetzt zur lieben FPÖ und zu meinem Lieblingskollegen Sippel (*Appl.*) (*lacht*). Reden wir einmal darüber, worum es euch wirklich geht. Ihr seid beleidigt, dass es so einen Widerstand gegen den 12-Stunden-Tag gibt. Es stört euch, dass gestreikt wird und gestreikt werden darf und es stört euch, dass die Leute eure Fassade durchblicken, sobald ihr an der Macht seid. Dass ihr allen familienfeindlichen ...

Laute Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderatssaales

Ussner:

... Maßnahmen zustimmt, Hauptsache Rechtsextremismus, wird vom neuen Stil mitgetragen.

Laute Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderatsaales (Appl.)

Ussner:

Man darf euch rechtlich rechtsextrem nennen und deswegen tue ich das auch, weil das ist eure Gesinnung. So, es geht darum, dass dieses Ablenkungsmanöver nicht funktioniert, bei niemandem und das stört euch.

Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderatsaales

Ussner:

Ja und? Worum geht es euch noch? Ihr wollt ein autoritäres System einführen, das ist es. Das treibt ihr auf Bundesebene voran, das treibt ihr auf kommunaler Ebene voran.

Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates

Ussner:

Ihr schwächt die Gewerkschaften, ihr schwächt den Jugendvertrauensrat. Da kriege ich sogar ein zustimmendes Nicken (*lacht*), gell, Herr Sickl, und das stört euch und dieses Ablenkungsmanöver von diesem Papier, was sich nicht einmal ein Antrag nennen kann, wird nicht funktionieren, dass die Leute euch nicht durchblicken. Sondern die wissen

genau jetzt, wofür ihr steht. Für nichts Soziales und für keine Heimat und für keine Familie, sondern für ein autoritäres System (*Allgem. Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Haßler:

Wenn ich mich recht erinnere, war ich gerade beim Thema Arbeiterrat stehen geblieben und bei der FPÖ, da ist sehr viel geredet worden vom Instrumentalisieren jetzt. Wen wer instrumentalisiert hat, da müssen sich auch einige Verantwortliche in der Stadt bei der Nase nehmen, weil dass die Vorstände der Holding versuchen, mit einer Gegenveranstaltung das Ganze zu desavouieren, ist sicher auch nicht für die eigenen Ideen gewachsen. Dass das in die Hose gegangen ist mit knapp 100 Teilnehmern oder doch über 1000 auf der anderen Seite, zeugt davon, dass Arbeitnehmer noch genug Courage haben, auch für ihre Rechte einzutreten (*Appl.*). Außerdem und, ich glaube, ihr habt nicht ganz verstanden, das war eine Betriebsversammlung. Wir sind noch weit weg von einem Streik und mich irritiert schon, wenn ich da höre, was angeblich bei Betriebsversammlungen gesprochen wurde, weil das schaut ein bisschen nach Bespitzelung aus. Wenn man sich dann Inhalte herausklaut, die von Juristen prüfen lässt, dann mache ich mir tatsächlich Sorgen, wie weit wir in diesem Land schon gekommen sind, muss ich dann auch ganz offen sagen (*Allgem. Appl.*). Wenn ihr euch empören wollt, dann hättet ihr eine gute Gelegenheit und könntet einmal anschauen, was eurer Freund, ich hoffe, es ist nicht euer Freund, aber ich befürchte, er ist es doch, euer Wirtschaftskammerfunktionär in Wien von sich gegeben hat, der nämlich Arbeitnehmer als wertlos und als Lohnkostenfaktoren bezeichnet hat und da hätte ich mir den Aufschrei der FPÖ, hätte mir auch den Aufschrei der Wirtschaftskammer und vieler anderer gewünscht. Da könntet ihr euch aufregen. Danke (*Allgem. Appl.*).

StR Krotzer:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, werte Stadtregierung, werte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, werter Herr Antragssteller. Ich habe noch einmal nachschauen müssen, wie ich den Text gelesen habe, was drübersteht, weil ich mir nicht ganz sicher war, ob das die Parteitagsdokumente der Steirischen KPÖ sind, weil ich da als Genosse Krotzer angeführt werde oder ob es einen Dringlichkeitsantrag behandeln soll, der hier im Gemeinderat der Stadt Graz abgestimmt werden soll, wo ja doch, glaube ich, der Meinung bin, dass der Geschäftsordnung nach Stadtrat bin und nicht als Genosse geführt werde. Das vielleicht vorweg. Eines finde ich insgesamt interessant, was hier an Aufregung herrscht. Ich möchte eines dazu zu bedenken geben. Wie oft es auch in unserer Stadt und insgesamt dem Land Treffen, Vernetzungstreffen, Clubbings, Stammtische von der ganz hohen Industrie begonnen über verschiedenste Wirtschaftskreise, wo man sehr viel bespricht, wo man sehr viel ausmacht, wo man natürlich auch abspricht, was politisch im Interesse der Unternehmerschaft ist, aber was plötzlich für ein Aufschrei herrscht, wenn einmal die Beschäftigten sich versammeln, weil die Beschäftigten einmal ihre Interessen auf die Agenda geben, darüber diskutieren, was ein 12-Stunden-Tag und was eine 60-Stunden-Woche für Auswirkungen hat. Auf die Freizeit, auf die Entlohnung, auf die Gesundheit der Beschäftigten und dass man darüber diskutiert und, ich glaube, in Anbetracht dessen, was man hier in Windeseile durchpeitschen will, nämlich etwas, was vor 100 Jahren erkämpft worden ist von der österreichischen Arbeiterschaft, was hier in Windeseile abgeschafft werden soll, ist es unbedingt notwendig, dass sich die Beschäftigten darüber austauschen und dass wir als KPÖ dem solidarisch gegenüber stehen, das versuchen zu skandalisieren, ist schon interessant, dass man einer Arbeiterpartei vorwirft, solidarisch für die Interessen der Arbeiter einzustehen. Das, denke ich, kann nicht weiter skandalträchtig sein, aber insofern würde ich auch dir, lieber Klubobmann, empfehlen, die Nerven ein bisschen zu schonen, weil da herinnen werdet ihr kaum wen überzeugen, aber ich glaube, ihr werdet draußen bei der Bevölkerung und auch an eure eigene Parteienbasis durchaus Erklärungsbedarf haben. Ich darf im Zusammenhang damit auch das zweite prominente FPÖ-Mitglied zitieren, das jetzt die

Partei verlassen hat auch auf Grund dieser Auseinandersetzung, der immerhin Chef der freiheitlichen Arbeitnehmer in Tirol gewesen ist, der gesagt hat, das ist keine Arbeitnehmerpolitik mehr, dafür haben uns die Menschen nicht gewählt. Das vielleicht noch als Denkanregung (*Allgem. Appl.*).

GR Rajakovics:

Bevor wir nur mehr über die 12-Stunden-Woche reden. Es geht um die Situation rund um den öffentlichen Verkehr in Graz und ob man da etwas machen hätte können. Und, liebe Elke, wir kennen uns auch schon lange. Es war ja nicht die Tatsache, dass du sagst: „Ich bin da vollkommen, ich steh hinter den Forderungen der Gewerkschaft und die sollen protestieren usw.“ Es kann nicht sein, dass du als Verkehrsstadträtin sagst, du begrüßt das, dass die Verkehrsmittel stillstehen und dass man im letzten Gemeinderat auf Grund eurer Initiative eigentlich einen autofreien Tag hätten beschließen sollen, wo dann alle auf diese öffentlichen Verkehrsmittel angewiesen sind. Und wie du darauf angesprochen worden bist, hast du das verglichen, dass alle einziehen und der ganze Verkehr stillsteht mit der quasi die Veranstalter, die dann auch den Verkehr stillstehen lassen. Die Veranstalter, die den Verkehr stillstehen lassen, müssen einen Ersatzverkehr organisieren und finanzieren. Die Einzigen, die den Verkehr stillstehen lassen ohne Ersatzverkehr, sind deine Freunde, wenn die Kommunisten demonstrieren oder wenn die Kurden demonstrieren oder sonst jemand. Also, mich ärgert es, dass dann solche Dinge verglichen werden. Es gäbe als Verkehrsstadträtin sehr wohl Möglichkeiten, seine Solidarität mit dem Anliegen, das nicht mein Anliegen ist, aber das Anliegen der Gewerkschaft zu unterstützen und gleichzeitig zu sagen, ich werde mich aber bemühen, dass die Menschen in Graz trotz allem zu einem öffentlichen Verkehrsmittel kommen. Dafür gibt es verschiedenste Möglichkeiten. Faktum ist, dass bei weitem nicht alle StraßenbahnfahrerInnen und Busfahrer bei dieser Betriebsversammlung waren. Dass es auch genug gegeben hat, die gefahren wären, aber wenn man alles einzieht, dann kann man nicht weiterfahren. Es hätte auch die Möglichkeit gegeben zu sagen, wir schauen einmal, wer nicht zur

Betriebsversammlung gehen will, könnte sich auch melden und wir schauen, was wir an Betrieb noch aufrechterhalten können mit den Fahrerinnen und Fahrern, die fahren wollen. Solche Initiativen hätte man bei aller Solidität auch setzen können. Und mich hat es sowieso gewundert, dass ausgerechnet der große Aufstand ...

Zwischenruf StRⁱⁿ Kahr: unverständlich.

Rajakovics:

... der Busfahrer, die hohe Gewerkschaft sitzt ja eh da, ich brauche das euch nicht erklären, aber gerade im Busfahrer-Kollektivvertrag sind 14-Stunden-Regelarbeitszeiten möglich bei 48 Stunden Gesamtarbeitszeit. Also, ich denke mir immer, wenn jetzt gerade die protestieren, die eigentlich theoretisch um zwei Stunden weniger arbeiten müssten, wenn ihr den Kollektivvertragsverhandlungen etwas hineinreklamiert, dann müssten die ja froh sein, dass weniger arbeiten. Es demonstrieren die, die eigentlich 14 Stunden im Kollektivvertrag haben, dagegen, dass 12 Stunden in einem Kollektivvertrag drinnen steht, wobei die Gesamtarbeitszeit, und das ist sowieso die „Schmähführerei“ schlechthin, die Gesamtarbeitszeit europäisch ganz klar geregelt ist mit maximal 48 Stunden und maximal 60 Stunden, je nach Betriebsgruppen. Also die Aufregung war nicht darüber, dass du dich solidarisiert damit, sondern dass du als Verkehrsstadträtin überhaupt nicht mit der Wimper zuckst und sagst, könnten wir da eine Lösung finden, dass doch eine gewisse, können ein paar Straßenbahnlinien, können wir irgendetwas auf die Füße stellen. Ich bin solidarisch, die ziehen alle ein, der Verkehr steht still und dass, obwohl Ihr sonst ständig die Werbetrommel rührt dafür, man soll die Autos noch mehr verbieten und noch mehr den öffentlichen Verkehr fördern. Das war das, was mich und auch viele andere empört hat, weil das ist deine politische Funktion, KPÖ-Obfrau, aber das andere ist eine Funktion, für die du gewählt bist und wo du jetzt auch die Arbeit machen musst. Wo ich mir denke, dass es schon deine Aufgabe gewesen wäre zu schauen, ob es

irgendwelche Lösungen gibt, als lapidar zu sagen, ich solidarisiere mich und damit ist der Fall abgehakt. Das ist das, was gestört hat und das war auch der Grund des dringlichen Antrages (*Allgem. Appl.*).

Sippel:

Hoher Gemeinderat, also Thomas, du bist nicht gemeint, aber wenn man die ganzen absurden Wortmeldungen, die da heute schon gefallen sind, zusammenzählt und überlegt, wie viele es sind und da werden wir wahrscheinlich die acht Stunden heute nicht schaffen, da müssen wir Überstunden machen. Vielleicht kommen wir dann sogar an die 12 Stunden heran, da habt ihr auch ein Problem damit.

Unverständlicher Zwischenruf aus den Reihen des Gemeinderates.

Sippel:

Also, Flexibilität im Gemeinderat ist es anscheinend nicht. Aber wir haben erlebt, wie die KPÖ funktioniert, wie sie arbeitet, insbesondere die Frontfrau, die Frau Verkehrsstadträtin Kahr, freundlich, nett, sympathisch durchaus, auch danke für die Einblicke in das Persönliche, bisschen naiv, muss man auch dazusagen. Aber, was mich wirklich wundert, ist die Rolle der SPÖ da herinnen. Ich meine, anscheinend seid ihr aus eurem langjährigen Dauerschlaf noch immer nicht erwacht. Michi Ehmman, nicht böse sein, aber die Stärke der KPÖ und sie ist nicht so stark in Graz deshalb, weil sie kommunistisch ist, weil ich glaube, den Kommunismus lehnen 99,9 % der Grazer ab, aber sie ist auch deshalb so stark, weil ihr so schwach so seid.

Zwischenruf GRⁱⁿ Robosch: Ihr seid so schwach, weil die KPÖ so stark ist.

Sippel:

Die Erfinderin des qualifizierten Zwischenrufes bist du auch nicht unbedingt.

Laute Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

Sippel:

Aber Michi, Michi Ehmann, ich würde mir eines erwarten von dir, lassen wir die Emotionen. Aber, Michi Ehmann ...

Laute Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates. Herr Bgm.-Stv. Eustacchio betätigt die Ordnungsglocke.

Sippel:

Du bist Obmann des Kontrollausschusses und ich glaube, das ist eine ganz wichtige Funktion, die dieser Gemeinderat hat. Abseits des Kontrollausschusses, dass wir nämlich die Kontrolle üben als Kollegialorgan, als höchstes Organ dieser Stadt. Dass wir die Stadtregierung kontrollieren in dem, was sie tut und auf das zielt mein Antrag heute ab, dass wir unserer Kontrollfunktion nachkommen und schauen, in welcher Funktion, und ist das kompatibel mit der Geschäftseinteilung, die wir hier vorgenommen haben, tritt die Frau Stadträtin, Verkehrsstadträtin, bei der Betriebsversammlung auf und das sind ja in Wirklichkeit die Pflichten, die wir haben und die nehme ich mit diesem Antrag und nehmen wir mit diesem dringlichen Antrag wahr. Das ist nicht meine persönliche Meinung, das ist unsere Pflicht als Kollegialorgan, als Gemeinderat. Weil sonst führen wir uns in Wirklich selbst ad absurdum. Und, Herr Kollege Haßler, weil du da angesprochen hast, was soziale Heimatpartei usw. ist, das kann ich dir sagen. Wir stehen für soziale Sicherheit in

diesem Land und zwar insofern, dass wir wollen, dass die Menschen, denen es nicht gut geht, die Unterstützung auch bekommen sollen, dass die irgendwann einmal wieder auch aus der Sozialhilfe herauskommen und nicht so, wie das die KPÖ macht mit der Almosenpolitik, wo man bewusst Menschen arm haltet und ihnen dann ein bisschen an Gutscheinen oder irgendeine Barleistung über den Schreibtisch wandern lassen zu können. Also das ist der kapitale Unterschied ...

Laute Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderatssaales.

Sippel:

..., wenn man sogar passend sagen will und diese zwei Modelle stehen zur Auswahl

Bgm.-Stv. **Eustacchio:**

Bitte zum Ende kommen.

Sippel:

... Ende kommen, nachdem ich da kurz unterbrochen bin, also mich empört nicht, Frau Ussner, wenn gestreikt wird, wenn andere Meinungen gesagt werden. Was mich empört ist, wenn die Hetze von euch und von der SPÖ ausgeht und bei Parlamentariern, bei freiheitlichen Abgeordneten Grabsteine, Drohungen und Pflastersteine hinterlegt werden. Das empört mich wirklich und das ist etwas, ich glaube, was der politischen Landschaft in diesem Land nicht würdig ist (*Allgem. Appl.*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

**8.4 Aktive Stadtentwicklungspolitik: Jetzt braucht es den Gries-Plan.
(GR Dreisiebner, Grüne)**

GR Dreisiebner:

Werte Damen und Herren auf der ZuschauerInnentribüne, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Vorsitzender. Ich befasse mich heute wieder einmal mit dem Griesplatz und dem Griesviertel und zwar aus einem etwas anderem Gesichtspunkt und Standpunkt beleuchtet als üblicherweise, was den Verkehr und den Grünraum betrifft. Soll es, ich kann warten auch, bis es wieder ruhig ist... soll es heute, danke Kollege Hötzl, soll es heute darum gehen, dass im Gries, wenn man betrachtet, was da alles an Investitionen passiert, was da alles an Kreativität passiert, Investitionen seitens der Bau- und Immobilienwirtschaft, Kreativität teilweise angeleitet durch die Stadtbaudirektion im Bürgerbeteiligungsprozess für das Griesviertel und Griesplatz mit dem Beteiligungsbüro vor Ort. Und natürlich auch von Menschen, die es aus persönlicher Initiative heraus machen, Kulturschaffende, SoziologInnen, Menschen, die einfach für das Griesviertel brennen. Man nennt das auch BürgerInneninitiative oder Kulturinitiative, wie auch immer. Eines ist heute schon ein bisschen denunziert worden. Trotzdem erwähne ich es wieder. Es ist, wenn man hier im Gemeinderat die Bebauungspläne verfolgt bzw. im entsprechenden Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung weiß, was da alles an Auflagen kommt bzw. Die Wohngebiete wieder nachgefragt sind, die neuen Baugebiete nachgefragt sind, Konversionsflächen uä. mehr. Da passierte schon einiges und da passiert noch einiges mehr. Es gab in den letzten Jahren rund um den Griesplatz einige 100 Wohnungen mehr, die entwickelt worden sind. Das ist alles in der Pipeline, da gibt es schon Bauten, die gerade fertig geworden sind, Bauten gerade passieren und Bauten, die kommen werden, weil die Bebauungspläne schon beschlossen sind oder in Auflage sind oder kommen werden. Das kann natürlich mit dem gewachsenen Stadtteil auch was machen. Das kann positive, aber auch negative Effekte haben. Stichwort: Gentrifizierung ist ein Aspekt, der natürlich nicht ganz gefahrlos ist auch für andere Städte und andere Stadtteile. Ich nenne hier das Lendviertel, kurzum zwischen dem

Kunsthhaus und dem Lendplatz und die Umgebung drumherum, wo so etwas vor 10, 15 Jahren in etwa ganz massiv passiert ist und sehr lange passiert ist. Da gab es gute Entwicklungen und es gab aber auch ein paar Entwicklungen, die nicht so toll waren. Es kam zu Verdrängungseffekten auf Grund der Entwicklung der Immobilienpreise, der Mietpreissituation, der Immobilienkaufpreise. Es kam auch zu Umschichtungen im Bereich der Geschäftsflächen usw. usf. Das kann man zulassen und kann man einfach gehen lassen. Das ist aber nicht unser Zugang. Der Zugang wäre der, dass man in der Analyse bzw. in der stadtplanerisch weit gedachten Kompetenz versucht, da ein bisschen steuernd einzugreifen, indem man soziale, pädagogische uä. Institutionen versucht zu verordnen, indem man versucht, die BürgerInnen in den Prozess einzubinden, indem man versucht, auch dementsprechend an Branchenmix in der Erdgeschosszone herbeizuführen bzw. auch über die Möglichkeit Wohnen Graz, dass man unter Umständen versucht, gewisse Wohngebäude zwar zu sanieren, aber preislich dementsprechend so zu gestalten, dass sie auch für Menschen, die ein weniger großes Börserl haben, in der Mitte noch leistbar bleiben, Stichwort: Gemeindewohnungsbau bzw. Adaptierung für Wohnen Graz. Natürlich hängt das auch alles zusammen mit dem Raum rundherum, mit dem Grünraum, mit dem Platz, mit den Straßenverkehrssituationen, mit der Möglichkeit, dort Rad zu fahren, zu Fuß zu gehen, die Nahversorgung erreichen zu können, die Aufenthaltsqualität im Bereich Gries, Griesplatz, Karlauer Straße, Rösselmühlgasse, Griesgasse usw. dementsprechend aufrecht zu erhalten und zu verbessern. Der Handlungsbedarf ist aus unserer Sicht da ganz klar gegeben, das ist auf Grund der schon passiertten und der in Pipeline, wenn ich das so nennen darf, stehenden Entwicklung von Gebäuden hier einfach ganz klar da. Wir haben in den letzten sechs Jahren in etwa 12 % mehr Wohnungen im Griesviertel, im Griesplatzgrätzl, als wir sie davor hatten. Und in dem Sinn wäre es sehr klug, über die Stadtplanung, über die Stadtbaudirektion dementsprechende begleitende Initiative unter Einbeziehung von Wohnen Graz, wie schon genannt, sozial ...

Vorsitzwechsel – StR Riegler übernimmt den Vorsitz (17.45 Uhr)

StR Riegler:

Bitte zum Schluss kommen.

Dreisiebner:

... anzustoßen. In dem Sinne stelle ich den

Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz begrüßt die positiven Entwicklungen und Investitionen durch private Unternehmen sowie bekennt sich außerdem zur verstärkten Unterstützung der vielen privaten und städtischen Initiativen und Projekte vor Ort. Zweitens der Gemeinderat ersucht Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl, in seiner Funktion als Referent der Baudirektion, Stadtplanung, Grünraumplanung, für das Wirtschaftsreferat gemeinsam mit den zuständigen Mitgliedern der Stadtregierung Verkehr, Wohnen, Soziales fachübergreifende Konzepte, Maßnahmenbündel im Sinne des Motivenberichtes zu erheben, zu prüfen und auch ihre Umsetzung zu bewerten. Ziel der Maßnahmen soll sein, dass sich die vor allem privat angestoßenen Entwicklungen im Bausektor so fortsetzen, dass die öffentlichen Interessen, die städtischen Interessen gewahrt bleiben, es zu keinen Fehlentwicklungen zu Lasten vieler angestammter Bewohnerinnen und Bewohner, Stichwort: Gentrifizierungseffekte, kommt. Drittens über das von den Abteilungen und den zuständigen städtischen Betrieben erarbeitete Interdisziplinäre Konzept sowie über erste Maßnahmen und Maßnahmenbündel für das Griesviertel nach Möglichkeit inklusive Umsetzungshorizonten für die ersten wichtigen Maßnahmenbündel ist dem Gemeinderat ein Bericht zur Novembersitzung des Jahres vorzulegen. Ich ersuche um Annahme und freue mich auf die Diskussion. Danke (*Appl.*).

Originaltext des dringlichen Antrages:

Wer den Griesplatz und das Griesviertel aufsucht und das Grätzel aufmerksam und mit offenem Blick besucht und durchwandert, merkt seit einigen Jahren: Da tut sich viel! Es gibt nicht nur ein BürgerInnenbeteiligungsprojekt und das dazugehörige Büro in der Griesgasse – beides geleitet und begleitet durch die Stadtbaudirektion, es gibt nicht nur BürgerInnen- und KünstlerInnen-Initiativen, die sich um Verbesserungen und positive Interventionen im Platzbereich bemühen, es gibt auch sehr engagierte Bezirks- und teilweise StadtpolitikerInnen, die leiser oder lauter Maßnahmen für den Griesplatz und das Griesviertel einfordern. Nicht nur Kulturschaffende und engagierte politisch handelnde Menschen haben den Gries (für sich) entdeckt. Auch die Baubranche ist stark im Geschäft und es gab und gibt einige Bebauungspläne und Bauverfahren, die neue Wohnungen sowie Geschäfts- und Büroflächen ermöglichen.

Das ist grundsätzlich positiv, allerdings wissen wir, dass eine solch starke und ausschließlich mit privaten Geldern angestoßene Entwicklung auch Gefahren birgt. Es kann zu Verdrängungseffekten bei der angestammten BewohnerInnen- und UnternehmerInnenschaft kommen. Es kann zu Preisschüben bei Mieten, Lokalpachten und Immobilienkaufpreisen in starkem Ausmaß kommen und es folgt so die berühmte berüchtigte Gentrifizierung, die zu rasch und zu viel Veränderung, Austausch und Verdrängung in einem lange stabil gewachsenen Gefüge auslöst.

Beispiele in anderen Städten oder auch das Lendviertel zeigen uns, dass nicht alles gut sein muss, was bei solchen Bewegungen passieren kann. Aber genauso gibt es im Lendviertel und in vielen anderen Städten gute Beispiele für kluge und nachhaltige stadtplanerische Interventionen, die es geschafft haben, die Gentrifizierungseffekte relativ gering und v.a. sozial verträglich für alle zu halten. Hierzu bedarf es natürlich guter fachübergreifender Konzepte und Maßnahmen durch die Stadtpolitik. Es geht dabei nicht nur um Grünraum, es geht nicht nur um singuläre Verbesserungen im Bereich des Verkehrs, es geht auch um einen guten Mix an Handels-, Gastronomie- und

Büroflächen, an sozialen und pädagogischen Einrichtungen. Es geht um leistbaren Wohnraum, um Maßnahmen im öffentlichen Raum und an Vergleichbaren mehr.

Für die Preisentwicklung am Immobilienmarkt und jedenfalls für das soziale Gefüge ist es wichtig, auch weiterhin ausreichend leistbaren Wohnraum etwa über Wohnen Graz anbieten zu können. Auch die Erdgeschoßflächen dürfen über das Preisdiktat der Investoren nicht zu einer Monokultur verkommen. Hier ein Programm anzusetzen und Förderungen bzw. Zugriffsmöglichkeiten durch die Stadt zu garantieren, wäre eine mögliche Antwort, um brutale Gentrifizierung zu verhindern. Dazu sollte ein Maßnahmenkonzept der relevanten Fachabteilungen entwickelt werden.

Natürlich ist auch das Thema des Verkehrsraumes und des öffentlichen Raumes eine Herausforderung für die Stadtplanung und die Verkehrsplanung und meiner Meinung nach noch mehr für die Grünraumplanung. Der Griesplatz ist zu 90% versiegelt und ohne nennenswertes Grün. Er ist durch die vielen Autos insbesondere für ältere Menschen und für Kinder gefährlich und sowohl für FußgängerInnen als auch für RadfahrerInnen kaum nutzbar und schwer zu queren. Hier ist auch anzusetzen: Es braucht Maßnahmen – kleinere schneller, größere etwas später – um die Verkehrssicherheit und natürlich die Aufenthaltsqualität für alle so zu heben, damit es attraktiv sein kann, auf den Griesplatz zu gehen, zu radeln und zu verweilen. Auch dafür ist – unabhängig von den Verhandlungen zur Verlegung der Regionalbus-Endhaltestelle – ein Konzept gemeinsam mit den Betroffenen und den Stakeholdern zu entwickeln.

Der Handlungsbedarf ist da, belegt alleine durch die Zahlen, die Baudirektor Bertram Werle der Kleinen Zeitung genannt hat. Seit 2012 ist die Anzahl der Wohnungen im Griesviertel von 4.450 auf nunmehr beinahe 5.000, also um rund 12% gestiegen und der Trend hält an. Tut die Stadt hier nichts, tut sie zu wenig, oder tut sie es zu spät, werden der Griesplatz und das Griesviertel nicht grüner, nicht qualitätsvoller, nicht den Bedürfnissen der Menschen gerechter. Dem Griesplatz würde das Schicksal drohen, von

einem aus urbaner Sicht schwierigen und problembehafteten Platz zu einem verlorenen Platz zu werden.

In diesem Sinne stelle ich namens der Grünen – ALG folgenden

dringlichen Antrag

- 1. Der Gemeinderat der Stadt Graz begrüßt die positiven Entwicklungen und Investitionen durch private Unternehmen am Griesplatz und im Griesviertel und bekennt sich zur verstärkten Unterstützung der vielen privaten und der städtischen Initiativen und Projekte vor Ort durch die Stadt Graz.*
- 2. Der Gemeinderat ersucht Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl in seiner Funktion als Referent für die Baudirektion, die Stadtplanung, die Grünraumplanung und für das Wirtschaftsreferat, gemeinsam mit den zuständigen Regierungsmitgliedern (insbesondere Verkehr, Wohnen, Soziales) fachübergreifende Konzepte und Maßnahmenbündel im Sinne des Motivenberichtes zu erheben, zu prüfen und auf ihre Umsetzung zu bewerten. Ziel der Maßnahmen soll es sein, dass sich die vor allem privat angestoßene Entwicklung im Bausektor so fortsetzt, dass die öffentlichen Interessen gewahrt bleiben und es zu keinen Fehlentwicklungen zu Lasten angestammter BewohnerInnen – Stichwort: Gentrifizierungseffekte – kommt.*
- 3. Über das von den Abteilungen und den zuständigen städtischen Betrieben erarbeitete interdisziplinäre Konzept sowie über erste Maßnahmen und Maßnahmenbündel für das Griesviertel – nach Möglichkeit inkl. Umsetzungshorizonten für erste wichtige Maßnahmen - ist dem Gemeinderat ein Bericht bis November 2018 vorzulegen.*

StR. Riegler:

Ich muss tadelnd feststellen, dass sich in der letzten Stunde so ein bisschen eine Laxheit bei der Einhaltung der Redezeiten eingerissen hat und da werde ab jetzt maximal eine Minute überziehen dulden, denn das nimmt jetzt schon etwas extensive Formen an.

GR Muhr:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, werte Kolleginnen und Kollegen, lieber Antragsteller, lieber Karl. Die geordnete Stadtentwicklung und -gestaltung passiert ja nicht von selber. Da ist schon notwendig, dass man die entsprechenden Pläne hat und damit man auch die Ziele erreicht, die man dort sich setzt. Derartige Pläne und Ziele gibt es aber leider auch für diese Stadtteile, die ja früher einmal eher, uncharmant, als Glasscherbenviertel bezeichnet worden sind, leider zuwenig. Was auf jeden Fall nicht passieren darf, ist, dass man dieses Feld dieser Entwicklung ausschließlich und unkontrolliert privaten Investoren überlässt. Denn gerade dann kann man sicher sein, dass dieser Effekt der Gentrifizierung eintritt und die sozial schwächeren Bevölkerungsschichten immer weiter hinausgedrängt werden. Aus diesem Grund werden wir natürlich auch inhaltlich und der Dringlichkeit entsprechend dem Antrag zustimmen. Ich rufe nur in Erinnerung, im 2015 Jahr hat auch unsere Gemeinderätin Susanne Bauer eine ähnliche Anfrage bezüglich der Entwicklung des Lendviertels hinsichtlich der Gentrifizierung gestellt, also das war schon einmal 2015 Thema. Danke
(Allgem. Appl.).

GR Topf:

Sehr geehrter Herr Stadtrat, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, liebe Zuhörerinnen, Zuhörer. Ich bin schon etwas verwundert über diesen Antrag. Denn gerade im Bereich Griesplatz und darüber hinaus gibt es ja schon seit Ende 2015 ein sehr intensives Projekt, das alle Stakeholder, alle Interessierten, alle, die sich hier in

der Gestaltung des Griesplatzes und des Umfeldes einbringen möchten, gebündelt zusammengeführt und auch die Möglichkeit gegeben war und weiterhin gegeben ist, sich entsprechend einzubringen. Die Stadtbaudirektion koordiniert seit Ende 2015 die vorbereitenden Maßnahmen für eine Neugestaltung des Griesplatzes. In diesem Prozess wurden unterschiedliche Disziplinen einbezogen, um einen umfassenden und integrativen Ansatz zu gewährleisten. Sowohl die Technische Universität als auch der kunstfreie Rotor haben sich in unterschiedlicher Weise mit dem Griesviertel auseinandergesetzt und haben dadurch ein vielfältiges Bild vom Griesplatz und seiner Umgebung aufzeigen können. Das ist besonders wichtig. Die Stadtbaudirektion ist zudem mit einem Team aus verschiedenen Akteuren vor Ort seit über zwei Jahren tätig, um mit unterschiedlichsten Personengruppen und Fachbereichen in Austausch zu treten. Sowohl diverse Fachabteilungen wie Verkehrsplanung, Straßenamt, Amt für Bildung und Integration, aber auch das Referat für Frauen und Gleichstellung und andere waren in diesem Prozess integriert und sind es auch weiterhin. Auch die Holding, Ordnungswache, Polizei etc. haben sich bei den unterschiedlichen Formaten eingebracht und daran teilgenommen. Die Ergebnisse bitte kann man unter „www.graz.at/Griesplatz für die Öffentlichkeit“ einsehbar durchaus anschauen. Im heurigen Jahr war zudem noch ein weiterer Schwerpunkt zum Thema „Lokale Wirtschaft“ gegeben, bei dem die Abteilung für Wirtschaft und Tourismusabteilung usw. eingebunden war. Die gleichzeitig stadtfindenden städtebaulichen Entwicklungen und Investitionen in die Gebäude von Privaten ist sehr positiv. Begleitet werden diese über Bebauungspläne wie im Süden von Graz oder mittels Architekturwettbewerb. Ziel ist es, für die bestehende und neue Bevölkerung und Menschen im Griesviertel die Aufenthaltsqualität langfristig zu sichern. Durch den noch nie da gewesenen sehr umfassenden Prozess wurde der Griesplatz und seine Umgebung auf interdisziplinäre Art bearbeitet. Auch soziale Aspekte haben hier immer eine wichtige Rolle gespielt. Daher gibt es keinen dringenden Handlungsbedarf für ein neues Konzept, da dieser Prozess bereits stattfindet und seit 2015 in einer sehr anschaulichen und sehr effektiven Art und Weise unter Führung der Stadtbaudirektion fortgesetzt werden wird (Appl.).

Dreisiebner:

Danke, Ewald Muhr, für die klare Unterstützung. Dem Georg Topf werden wir noch extra erzählen müssen, dass das, was jetzt passiert, nicht das umfasst und umfassen kann, was mit dem Antrag gemeint ist. Das ist natürlich ein sehr wichtiges Projekt und ich habe es auch erwähnt im Motivenbericht. Ich bin im Detail nicht so weit darauf eingegangen und du weißt besser als die meisten anderen, dass das Hauptthema beim Baudirektionsprojekt für das Griesviertel der Verkehr ist, der Lärm, der Verkehrslärm ist und der mangelnde Grünraum.

*Zwischenruf GR **Topf** unverständlich.*

Dreisiebner:

Ja, ich sage es nur. Jetzt kann ich über etwas anderes auch noch reden. Dass sich die Menschen mehr Querungsmöglichkeiten, sichere Querungsmöglichkeiten wünschen, dass es um Radfahrmöglichkeiten geht, dass es um zuviel Autoverkehr, Transitautoverkehr geht und dass der öffentliche Verkehr nicht entsprechend passt. Wir wissen ja, dass die Südwest-Linie in dem Sinne zumindest sistiert, verschoben, was auch immer ist, lassen es wir dabei. Hier geht es darum, dementsprechend die Struktur und die Funktionalität der Region, die ja natürlich auch den freien Marktpreisen unterliegt. Je mehr saniert wird, je mehr neu gebaut wird und qualitativ bzw. auch in einem gewissen oberen, mittleren Segment gebaut wird, desto eher können unter Umständen Menschen sich da das Geschäftslokal nicht mehr leisten, die jetzt unter Umständen da sind oder auch da sein wollen in Zukunft. Ich sage jetzt Start-ups, Kreative uä. mehr. Und es kann in den Wohnungsbereich natürlich genau so hineinwirken. Das ist Gentrifizierung, wie wir sie nicht haben wollen. Und das war das Ziel des Antrages. Ich nehme zur Kenntnis, dass du scheinbar für die Koalition gesprochen hast, dass das heute keine Mehrheit finden wird, war kein Vorwurf gegen

das Griesviertel-Projekt, das Simone Reis da blendend leitet mit ihrem Team. Schade, dass es nicht die Mehrheit findet. Aber wie gesagt ...

*Zwischenruf GR **Topf**: Wenn du den Antrag besser stellst ...*

Dreisiebner:

Wenn ich es besser stelle, dann komme ich wieder. (Appl.).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen Grüne, KPÖ, SPÖ, Neos) abgelehnt.

8.5 Maßnahmenvorschlag und Runder Tisch zu Parksanierungen (GRⁱⁿ Mag.^a Pavlovec-Meixner, Grüne)

Pavlovec-Meixner:

Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie. In meinem dringlichen Antrag geht es um die Folgen des Unwetters vom 12. Juni, wo wir traurigerweise auch einen Toten zu beklagen hatten, der durch einen umfallenden Baum umgekommen ist. Es ist so, dass im gesamten Stadtgebiet Bäume jeden Alters umgestürzt sind und als Folge dieses außergewöhnlichen Wetterereignisses mussten weitere Bäume wegen Gefahr in Verzug entweder gefällt oder massiv zurückgeschnitten werden. Diese Maßnahmen sind leider auch mit schwerem Gerät durchgeführt worden. Das ist auch in den Medien teilweise kritisiert worden, sodass es zu weiteren Schäden in den Anlagen kam, wobei ich da ergänzen möchte, dass das Problem auch das war, dass ja nicht nur in Graz ein Unwetter war, sondern in der ganzen Steiermark Unwetter waren und es wirklich auch schwierig war,

entsprechende Firmen zu finden, die diese Maßnahmen hätten durchführen können. Besonders am Schloßberg, der unter Naturschutz steht, im Stadtpark, der unter Natur- und Denkmalschutz steht und im Meranpark, der auch geschützter Landschaftsteil ist. Besonders diese Parks wurden in schwere Mitleidenschaft gezogen. Der Grazer Naturschutzbeauftragte hat dann in einem Interview von einer Zerstörung kulturhistorischer Denkmäler gesprochen. Auch die Tierwelt hat wertvollen Lebensraum verloren z. Bsp. das Eichhörnchen, für das sich meine Kollegin GemeinderätIn Schleicher ja auch sehr einsetzt, hat wahrscheinlich einen Teil seines Nahrungsangebotes verloren, weil eben auch Koniferengruppen im Stadtpark reduziert wurden. Die Folgen haben auch Teile der Grazer Wälder Leechwald, Rosenhain betroffen und das gesamte Schadensausmaß ist bis dato noch nicht bekannt, dh. es liegt uns noch keine Statistik vor, das wird erst in den nächsten Wochen kommen. Tatsache ist, dass die vorhandenen Pflegekonzepte und Parksanierungspläne damit obsolet geworden sind, und damit man möglichst bald, am besten in der kommenden Pflanzperiode, mit der Wiederherstellung beginnen kann, gibt es dringenden Handlungsbedarf. Und derzeit ist es tatsächlich so, dass die Mitarbeiter der Stadt nicht wissen, wie sie vorgehen sollen. Deshalb auch unser dringlicher Antrag, Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl, als zuständiger Stadtsenatsreferent wird ersucht, bis September 2018 einen Runden Tisch mit den zuständigen FachexpertInnen der Abteilung für Grünraum, der Holding Graz, der GBG sowie dem Naturschutzbeauftragten der Stadt Graz abzuhalten, um über die weitere Vorgangsweise zu beraten. Auf Basis der im Motivenbericht dargestellten Sachlage sollen unter Berücksichtigung des Natur- und Denkmalschutzes sowie der Tierwelt Lösungsvarianten für Parkpflege und Parksanierung erarbeitet und dem Gemeinderat bis zu seiner Sitzung im Oktober 2018 zur weiteren Beschlussfassung vorgelegt werden. Ich bitte um Annahme (*Appl.*).

Originaltext des dringlichen Antrages:

Beim Unwetter vom 12. Juni 2018 hatten wir traurigerweise einen Toten durch einen umfallenden Baum zu beklagen. Im gesamten Stadtgebiet sind Bäume jeden Alters

umgestürzt. Als Folge dieses außergewöhnlichen Wetterereignisses mussten weitere Bäume wegen Gefahr im Verzug gefällt bzw. massiv zurückgeschnitten werden. Diese Maßnahmen wurden leider auch mit schwerem Gerät durchgeführt, sodass es zu weiteren Schäden in den Anlagen kam.

Besonders der unter Naturschutz stehende Schloßberg, der natur- und denkmalgeschützte Grazer Stadtpark und der Meranpark (Geschützter Landschaftsteil) wurden in schwere Mitleidenschaft gezogen. Experten wie der Grazer Naturschutzbeauftragte sprechen von der Zerstörung kulturhistorischer Denkmäler. Auch die Tierwelt hat wertvollen Lebensraum verloren. Als Beispiel seien die Eichhörnchen genannt, deren Nahrungsangebot aufgrund des Verlusts mehrerer Koniferen(-gruppen) im Stadtpark reduziert sein könnte. Aber auch in Teilen der Grazer Wälder – z.B. im Leechwald und am Rosenhain – hat der Sturm große Schäden angerichtet. Das komplette Schadensausmaß ist bis dato nicht bekannt, eine Schadensstatistik wird erst in den nächsten Wochen vorliegen.

Die vorhandenen Pflegekonzepte und die Parksanierungspläne sind damit leider obsolet geworden. Damit ehebaldigst - am besten in der kommenden Pflanzperiode - mit ersten Maßnahmen zur Wiederherstellung begonnen werden kann, herrscht dringlichster Handlungsbedarf.

Daher stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs - ALG folgenden

dringlichen Antrag:

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl als zuständiger Stadtsenatsreferent für die Abteilung Grünraum und Gewässer wird ersucht, bis September 2018 einen Runden Tisch mit den zuständigen FachexpertInnen der Abteilung für Grünraum, der Holding Graz und der GBG sowie mit dem Naturschutzbeauftragten der Stadt Graz abzuhalten, um über die weitere Vorgangsweise zu beraten. Auf Basis der im Motivenbericht dargestellten Sachlage sollen unter Berücksichtigung des Natur- und Denkmalschutzes sowie der Tierwelt Lösungsvarianten für Parkpflege und Parksanierung erarbeitet und

dem Gemeinderat bis zu seiner Sitzung im Oktober 2018 zur weiteren Beschlussfassung vorgelegt werden.

GRⁱⁿ Braunersreuther:

Sehr geehrte KollegInnen und mittlerweile wenige BesucherInnen. Vielen Dank für diesen Antrag, kann ich nur sagen, denn wir haben auch in einem normalen Antrag, der als solcher hier oft untergeht, dass es auch solche Anträge gibt, einen Antrag in eine ähnliche Richtung gestellt, der aber auch darauf hinweist, dass insbesondere der Stadtpark und der Schloßberg ja nicht nur wertvoller Grünraum sind, sondern auch Gartendenkmal und deswegen würden wir uns wünschen, damit da wirklich bedacht vorgegangen wird, dass es einen Master-Plan für die Sanierung, besonders dieser beiden Parks, gibt, auch gerne den Meranpark, den das natürlich auch miteinschließt, wo sich wirklich ExpertInnen, externe ExpertInnen, aber auch ExpertInnen aus den zuständigen Ämtern, denn da haben wir wirklich auch sehr gute ExpertInnen sitzen, nicht nur aus dem Grünraum, sondern auch aus dem Denkmalschutz zusammensetzen und diesen Master-Plan entwickeln, damit hier nicht nur schnell, was ja auch wichtig ist, Nachpflanzungen erfolgen, sondern halt auch bedacht im Sinne dieses Gartendenkmales, das heißt, dass da nicht irgendwelche Bäume an irgendwelchen Stellen gepflanzt werden, sondern einfach Bäume, die dementsprechend, wie die Parks vorher gestaltet waren, das ist ja ein Zusammenspiel eben aus Kultur und Gartendenkmälern und vor allen Dingen auch im touristischen Sinne dann aussehen, wie man ein Aussehen auch erwarten kann von so einem Gartendenkmal. Das heißt, dass da auch wirklich dann Geld in die Hand genommen wird, dass da Bäume in geeigneter Art und auch geeigneter Größe gepflanzt werden (*Appl.*).

GRⁱⁿ Pavlovec-Meixner:

Danke an die KPÖ für diesen Antrag in Richtung Gartendenkmal, der in eine sehr ähnliche Richtung geht. Es ist immer ein bisschen schwierig, ein Schlusswort zur

Dringlichkeit zu halten, wenn man nicht weiß, wie das Abstimmungsverhalten sein wird. Ich habe da mit dem Kollegen Topf gerechnet. Ich hoffe einfach, dass es so ist, dass viele von meinen Kolleginnen und Kollegen sehen, dass das wirklich dringlich ist, dass da was passiert, auch als Unterstützung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Graz, die einfach ab Herbst damit beginnen wollen, das wieder herzustellen, was wir leider verloren haben und das auch auf sehr qualitativ hochwertige Weise und auch unter Berücksichtigung der Tierwelt. Danke (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen Grüne, KPÖ, SPÖ, Neos) abgelehnt.

StR Riegler:

Die Dringlichkeit ist leider nicht gegeben. Aber ich bin sicher, dass es allen Beteiligten ein Anliegen ist, den Stadtpark weiter in Schuss zu halten.

8.6 Adaptierungen beim „Schwarzfahren“ (GRⁱⁿ Robosch, SPÖ)

GRⁱⁿ Robosch:

Sehr geehrter Herr Stadtrat, danke für die Einladung. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ZuschauerInnen auf der Tribüne. In der Pädagogik hat man sich schon lange davon verabschiedet, wenn man wirklich will, dass sich das Verhalten ändert, einfach nur zu strafen. Man hat eingesehen, dass man, wenn man wirklich will, dass sich das Verhalten ändert, man Maßregelungen beiseite stellen muss und es ersetzen muss durch langfristige Lernprozesse. Wir in Graz und in der Politik gehen leider einen anderen Weg. Wir stocken Verbote auf und glauben, mit Strafmandaten wird sich alles lösen. Und wenn sich da nichts löst, dann erhöht man halt die Strafmandate. So sind

wir jahrelang in eine Richtung gegangen und haben jetzt halt mehr Einnahmen. Aber das Problem z. Bsp. vom Schwarzfahren hat sich dadurch nicht gelöst. Die Holding selbst gibt an, bei 700.000 Kontrollen pro Jahr fahren rund 35.000 Leute „schwarz“. Und bei 35.000 Menschen kann man nicht wirklich argumentieren, dass die Strafen was ändern, auch nicht diese bedrohlichen Schilder von wegen „Schwarzfahren erhöht den Blutdruck“ usw. Und vielleicht ist es heute an der Zeit, neben anderen Diskussionen diese Diskussion neu zu führen. Weil wir als Kommune wünschen uns natürlich einen hohen Ticketverkauf, wir wünschen uns natürlich, dass ganz, ganz viele Leute sich eine Langzeitkarte kaufen, eine Jahreskarte oder eine Halbjahreskarte und wir könnten heute das verknüpfen mit sehr vielen SchwarzfahrerInnen. Und bevor ich quasi meinen Vorschlag unterbreite, möchte ich noch einmal erwähnen, dass mein Vorschlag nur eine zusätzliche Option ist. Dass das Strafmandat in Höhe von € 70,-- Barzahlung vor Ort oder € 100,-- quasi auf Rechnung voll und ganz bestehen bleibt. Die einzige Option, die erweitert werden soll, ist, dass man drei Tage Zeit hat, auch um € 440,-- oder mit Ermäßigungen eine Jahreskarte nachzukaufen. Wenn man die Jahreskarte innerhalb dieser drei Tagen nicht nachkauft, ist natürlich die Strafe im vollen Ausmaß zu bezahlen. Wenn man davon ausgeht, dass nur die Hälfte dieser 35.000 SchwarzfahrerInnen diese Option wählen würden und statt diesen € 100,--, € 440,-- plus € 30,-- Strafe, weil wir finden trotzdem, dass die Strafe sein soll, damit man nicht sagen kann, ja dann fahr ich halt solange „schwarz“, bis ich erwischt werde. Dass das eine Reineinnahme für die Holding Graz Linien bringen würde von € 6.475.000,--. Mehreinnahmen für die Stadt Graz und für die Holding sind ja eigentlich eine gute Sache und jetzt kann man natürlich sagen, nein, wir wollen weiterhin nur die € 100,-- geben oder wir versuchen einfach einmal „outside of the box“ zu denken und einen neuen Weg zu gehen. Außerdem ist ein zweiter Punkt in meinem Antrag auch drinnen, weil die Anschaffung, egal, ob „Schwarzfahren“ oder nicht, die Anschaffung eines Langzeittickets ist eine sehr hohe Ausgabe, die abrupt zu leisten ist, die viele nicht aus ihrem monatlichem Budget einfach so leisten können. Und deswegen fordern wir auch, dass die Ratenzahlung auf alle Langzeitkarten ausgeweitet wird. Deswegen stelle ich im Sinne der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

dringlichen Antrag:

1. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, inwiefern eine Adaptierung der Vorgehensweise und Strafpolitik bei Benützung des öffentlichen Verkehrs ohne gültigen Fahrschein in Richtung „Bonus-Malus-System“ bei SchwarzfahrerInnen möglich ist und
2. inwiefern wir weitere Zahlungserleichterungen wie z. Bsp. Ratenzahlung für alle Langzeittickets einführen können (*Appl.*).

Originaltext des dringlichen Antrages:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

In der Pädagogik hat man sich bereits seit langem von Strafen verabschiedet und versucht, nutzlose Maßregelungen durch langfristige Lernprozesse zu ersetzen. In der Politik geht man leider in die andere Richtung. Vor allem in Graz werden Verbote aufgestockt und die Obergrenze für Strafmandate erhöht. Eines der wohl bekanntesten Strafmandate ist jenes fürs „Schwarzfahren“. Die Holding Graz Linien machen in ihrem Blog sogar den Selbstversuch. Ohne gültigen Fahrschein, ohne Ausweis werden sie von den MitarbeiterInnen der Firma Securitas beinahe der Polizei übergeben. Und Schwarzfahren ist in Graz auch kein „Einzelfall“. Die Holding selbst gibt an, bei ca. 700.000 Kontrollen pro Jahr wird rund 35.000-mal „schwarzgefahren“. Welche Gründe es dafür auch geben mag, 35.000-mal klingt mir ein bisschen zu hoch, um noch argumentieren zu können, dass weder die Strafen noch die bedrohlichen „Schwarzfahren erhöht den Blutdruck“-Schilder wirklich etwas zur Vermeidung von Schwarzfahren beitragen. Also es ist Zeit, hier außerhalb der bekannten Denkweisen nach Adaptierungen zu suchen.

Als Kommune wünschen wir uns natürlich einen hohen Ticketverkauf und noch lieber vermehrt Langzeit-Karten wie die Jahres- oder Halbjahreskarte. Warum verbinden wir diesen Wunsch nicht mit einer hohen Anzahl an SchwarzfahrerInnen und bieten eine neue Option: Entweder nachkaufen und geringeres Strafmandat ODER Strafmandat in voller Höhe bezahlen.

Wenn man nach dem „Schwarzfahren“, statt 100 Euro Strafmandat zu bezahlen, drei Werktag Zeit hätte, um sich um 422 Euro eine Jahreskarte zu kaufen und dafür ein verringertes Strafmandat von 30 Euro zu begleichen hätte, würden auch die Holding Graz Linien davon direkt profitieren. Denn würden nur die Hälfte der 35.000 SchwarzfahrerInnen statt den genannten 100 Euro die genannten 453 Euro bezahlen, wären das aufgerechnet 6.177.500 Euro reine Mehreinnahmen und dadurch auch gesteigerte Jahreskartenzahlen. Pädagogisch gesehen hätten wir so auch vielleicht einen Lenkungsprozess, der einen Teil der 35.000 SchwarzfahrerInnen zu langfristigen Jahreskarten-BesitzerInnen macht.

Und auch ohne Schwarzfahren ist die Anschaffung eines Langzeittickets wie eine Jahreskarte um 422 Euro eine sehr hohe unmittelbare Zahlung, die viele nicht aus ihrem monatlichen Budget bewältigen können. Doch guter öffentlicher Verkehr funktioniert nach dem Anspruch, dass alle Menschen ihn benutzen und demnach auch dafür bezahlen können.

In diesem Sinne stelle ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

dringlichen Antrag,

- 1) *die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, inwiefern eine Adaptierung der Vorgehensweise und Strafpolitik bei Benützung des öffentlichen*

Verkehrs ohne gültigen Fahrschein in Richtung „Bonus-Malus-System“ bei SchwarzfahrerInnen möglich ist;

- 2) *und inwiefern wir weitere Zahlungserleichterungen (wie z.B. Ratenzahlung) für alle Langzeit-Tickets einführen können.*

StRⁱⁿ Kahr:

Liebe Frau Gemeinderätin, liebe Anna. Ich mache es ganz kurz. Wir werden der Dringlichkeit zustimmen. Die Überlegungen haben etwas für sich. Ich erlebe es auch selbst oft, wenn Leute zum Handkuss kommen. Manche völlig zu Recht, weil sie es einfach wirklich übertreiben. Es gibt aber auch Fälle, da muss ich aber fairerweise dazusagen, da ist die Holding Graz Linien sehr kulant, wenn nachweisbar z. Bsp. sich herausstellt, dass es unverschuldet ist, weil z. Bsp. eine ältere Dame einfach nicht so schnell war, sich eine Fahrkarte zu lösen usw. und wird eigentlich immer sehr kulant agiert. Aber der Vorschlag hat etwas und ich würde das gerne prüfen lassen, inwieweit das realisiert werden könnte (*Allgem. Appl.*).

GRⁱⁿ Ussner:

Ja, liebe Anna, auch wir finden das einen guten Antrag. Vielen Dank. Also, es kann vielleicht wirklich ein paar Leute motivieren, dann sich eine Jahreskarte zu kaufen und wirklich auch öfters dann die Öffis zu nutzen. Danke (*Appl.*).

GR Sippel:

Herr Vorsitzender, ausgerechnet die Roten kommen mit „Schwarzfahren“ daher. Aber es ist grundsätzlich nicht unoriginell, das gebe ich schon zu. Es ist einfallsreich, nicht ganz neu. Es hat ja auch in Deutschland schon einmal diese Vorschläge gegeben. Grundsätzlich ist es natürlich so, das ist durchaus ein rechtsphilosophisches Thema, Restriktion, Toleranz, wenn man die Rechte auslegt. Wir als FPÖ, glaube ich, sind da

relativ klar auch positioniert. Ich bin persönlich nur, ich würde mich einmal so bezeichnen als jemand, der einen Uni-Lehrgang über Verwaltungswissenschaften gemacht hat, ich bin nur Teiljurist, also ich kann jetzt nicht abschließend irgendwie Expertise abgeben. Aber insgesamt glaube ich doch, dass dieses Modell eher zum „Schwarzfahren“ einlädt, also das ist einmal der negative Ansatz, der da mitschwingt. Es ist rechtlich auch bedenklich. Also ich glaube nicht, dass das rechtlich auch halten würde, da ein Kaufzwang im Hintergrund mitschwingt, darf man auch nicht vergessen und auch die freie Kaufentscheidung wird dadurch beeinträchtigt. Und eines möchte ich schon sagen, weil das ein bisschen so auch mitschwingt, dass „Schwarzfahren“ so quasi ein Kavaliersdelikt ist. Das ist es definitiv nicht. Also „Schwarzfahren“ ist ja nur umgangssprachlich, in Wirklichkeit laut Strafrecht heißt es ja Beförderungserschleichung und in Deutschland sitzen da einige Menschen ein, die mehrmals „schwarz“ gefahren sind, ihre Strafe nicht bezahlt haben, die sitzen tatsächlich auch in Haft. Also man sieht schon, das ist nicht irgendetwas, weil man auf Kosten der Allgemeinheit sich Leistungen erschleicht. Und das ist nicht gleichzusetzen mit einer Verwaltungsübertretung wie beim Falschparken, sondern da zahlen ja andere in Form ihrer Jahreskarte oder durch die Zuschüsse mit Steuergeld, die da geleistet werden, in die Verkehrsbetriebe hinein, zahlen ja andere für diese Leistungen mit und die erschleiche ich mir dann. Also das ist es nicht nichts und wenn dann wirklich tatsächlich 35.000 Menschen in Graz „schwarzfahren“, dann ist das durchaus etwas, was man sich anschauen sollte und da kann ich vielleicht der sozialistischen Jugend empfehlen, da einmal eine Bewusstseinskampagne in diese Richtung zu machen
(Lachen im GR-Saal) (Appl.).

GR Haberler:

Geschätzte Damen und Herren. Ich finde das immer sehr toll, wenn man sich Gedanken darüber macht, wenn man etwas attraktiver machen kann oder vielleicht Verbesserungen einführen kann. Da kann ich nur gratulieren. Das ist einmal etwas Tolles. Diese € 30,-- sind, sage ich einmal, ein Monat kostet, das habe ich

ausgerechnet, € 36,70,--. Das heißt, ich tu jetzt solange „schwarzfahren“, vielleicht erwischen sie mich erst in zwei Monaten, dann habe ich mir in Wirklichkeit eineinhalb Monate oder ein gutes Monat gespart. Aber, um es auf den Punkt zu bringen, die Frau Kahr hat das sehr schlüssig erklärt, dass Sie das aufgreift. Ich finde das großartig und auf Grund dieser Tatsache, dass sie sich so bereit erklärt hat und sehe ich gar keine Dringlichkeit mehr von unserer Seite (*Lachen im GR-Saal*), weil sie es eh macht. Danke, Frau Kahr (*Appl.*).

Robosch:

Ich finde das schön, dass man vor der nächsten Diskussion, also noch vor dem nächsten Antrag noch ein bisschen etwas zum Lachen haben. Vor allem finde ich ziemlich spannend ...

Zwischenruf GR Sippel: Der nächste Antrag ist auch zum Lachen.

Robosch:

Ja, wir werden dann schauen, ob wir eher lachen oder schreien. Aber es ist relativ spannend, dass die FPÖ es Kaufzwang nennt, wenn man wählen kann zwischen zwei Optionen, eine ist billiger mit den € 100,--, die eine ist teurer, aber der 12-Stunden-Tag ist ja auch für euch „freiwillig“. Da ist ja auch kein Zwang drinnen.

Zwischenruf GR Sippel: Das ist eine juristische Expertise.

Robosch:

... Genau. Es ist juristisch gegenüber dem Arbeitnehmer, der durch die „Freiwilligkeit“ seine Arbeit verliert, können Sie dann auch mit der juristischen Expertise kommen. Es wird ihm dann nichts helfen.

*Zwischenruf GR **Schunko**: Keine Ahnung von der Arbeitswelt.*

*Zwischenruf GR **Egger**: Zuhören!*

Robosch:

Zum Antrag zurück. 35.000 Menschen und sehen wir uns einmal, ganz, ganz, ganz egoistisch als Stadt Graz. 35.000 Menschen zahlen zurzeit zwischen € 70,-- und € 100,-- und wir haben jetzt gerade die Möglichkeit, dass ein Teil von diesen 35.000 Menschen mehr als das zahlen und ihr stellt euch einfach hin und redet euch auf philosophische Rechtsfragen hinaus und sagt, nein, wir wollen diese Mehreinnahmen nicht. Also, das nächste Mal, wenn man irgendwelche Abgaben einführen, werde ich auch sagen, da können wir auf einmal Abgaben einführen, aber da nicht?

*Zwischenruf GR **Rajakovics**: Es gilt die Rechtsstaatlichkeit für dich.*

Robosch:

Ja, ja, es wird gemacht, deswegen muss man auch immer sich auf eine Person rausreden, anstatt wirklich inhaltlich auch Farbe zu bekennen. Das ist das, was ihr tut. Ihr stellt euch immer da her und sagt, ja, ja die sollen machen, die sollen machen. Ihr geht aber genau her und pfuscht in das Ressort von Frau Kahr hinein. Die ganze Zeit, sie soll machen, sie soll machen. Sie hat null Budget dafür, aber ihr sagt immer, sie soll machen, sie soll machen.

*Zwischenruf **Rajakovics**: Du hast doch den Antrag gestellt, du pfuscht hinein.*

Robosch:

Wenn es nach der Frau Kahr gehen würde, würde sie noch viel mehr machen. Nur ihr gebt ihr das Budget nicht und der Finanzstadtrat sitzt immer nur auf eurer Seite.

Laute Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderatssaales.

Der Vorsitzende läutet die Glocke.

StR Riegler:

Bitte um etwas Ruhe und Contenance.

Robosch:

Ich finde es super, dass ihr zu € 6.000.000,-- Vielleichteinnahmen nein sagt, aber dann reden wir das nächste Mal auch nicht.

*Zwischenruf GR **Rajakovics**: Sagen wir ja nicht, es wird ja gemacht.*

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ, KPÖ, Grüne, Neos) abgelehnt.

**8.7 Petition Arbeitszeitgesetz / Einbindung aller Betroffener,
Begutachtungsverfahren (GR Ehmann, SPÖ)**

Ehmann:

Geschätzter Herr Stadtrat, geschätzte KollegInnen aus der Stadtregierung, KollegInnen im Gemeinderat, Zuhörerinnen und Zuhörer. Ich werde versuchen, sachlich zu beginnen (*Lachen im GR-Saal*). Der Antrag, der heute zur Abstimmung gefunden hat im Parlament und mit namentlicher Abstimmung dann schlussendlich am frühen Nachmittag nach sehr langer Diskussion durchgegangen ist. Das darf man durchaus als einen der größten Anschläge auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Zweiten Republik bezeichnen und das aus voller Überzeugung ...

Zwischenruf GR Piffli: Was heißt denn das?

Ehmann:

Deshalb versuchen wir hier, euch die Möglichkeit zu geben, hier noch einmal ein Umdenken stattfinden zu lassen, eine Petition zu unterstützen an den Bund, dass dieses Gesetz noch einmal zurückgenommen werden soll, in die Begutachtung gehen soll, Sozialpartnerinnen und Sozialpartner eingebunden werden sollen etc. etc. Jetzt sage ich es euch inhaltlich, warum wir das so sehen. Wenn ihr euch das anschaut, in vielen Ländern bzw. jetzt erst letztendlich im skandinavischen Land in Schweden haben sie vorvorige Woche die Arbeitszeit reduziert, die gesetzliche. Das hat einen Sinn gehabt, sie haben den Versuch gemacht, wo sie die KAGES quasi, wenn man so will, die Krankenanstaltengesellschaft in Schweden, weiß ich nicht, wie die jetzt heißt, aber ist auch egal, es geht um das Beispiel. Haben sie die Belegschaft geteilt und haben sie die eine Belegschaft in Vollarbeitszeit in der ursprünglichen arbeiten lassen und die andere Belegschaft in dem anderen Belegschaftsteil im reduzierten Bereich bei vollem Lohnausgleich. Man ist draufgekommen, das wird über eine Uni begleitet, im

universitären Bereich dargelegt, dass es sich deutlich verbessert hat, also die OP-Zeiten sind gestiegen, die Krankenstände haben sich halbiert, die Leute gehen glücklicher zur Arbeit logischerweise, können sich mehr mit dem Unternehmen identifizieren, also es heißt Arbeitszeitverkürzung. Warum sag ich das? In Österreich sind wir an dritter Stelle, was die Jahresstundenarbeitszeit betrifft, an höchster Stelle nämlich. An dritthöchster Stelle im gesamten EU-Bereich mit 1.734 Jahresstunden, eingerechnet Urlaub und Feiertage. Wenn man jetzt andere Länder dazu vergleicht, die sind da deutlich hinten, also das schwedische Beispiel, bevor sie jetzt reduziert haben, ist schon bei 1.600 gewesen, Jahresarbeitsstunden. Wenn man sich das anschaut, in der Wochenarbeitszeit sind wir an dritthöchster Stelle innerhalb der Europäischen Union. Bei 41,4 Stunden, auch alle anderen Länder weit weg. Und dann frage ich mich, wenn die Produktivität in diesem Land jährlich steigt, wenn der Wohlstand, der hier erreicht wurde, gehalten werden kann, wenn immer mehr Menschen in Beschäftigung kommen, weil die Konjunktur glücklicherweise angesprungen ist auf Grund vieler Maßnahmen. Ja dann frage ich mich, welche logische Grundlage ist das, dass man dann die Arbeitszeit noch ausdehnen will, nämlich generell. Nämlich nicht nur in Produktionsbereichen, wo man zur Spitzenabdeckung etwas braucht, nicht nur im öffentlichen Dienst, wo man logischerweise als Exekutive, als Rettung, als Spital etc. etc. hier quasi Jahresspitzen abdecken muss. 24 Wochen gehen übrigens jetzt schon im Jahr über die 12 Stunden. Und warum sollte ich das dann ausweiten, wenn es nicht nur darum geht, dass der IV. und der Wirtschaft hier ein Geschenk gemacht werden soll, um sich zukünftig Zuschläge zu ersparen. Also diesen Vorhalt, nicht böse sein, das müsst Ihr euch wirklich gefallen lassen, wenn man sich das anschaut, dass man jetzt zukünftig, also in der Gleitzeitvereinbarung im Durchrechnungszeitraum, wenn man schaut, dass das bis jetzt schon möglich war bei der neunten und zehnten Stunde. Aber logischerweise mit Vereinbarungen und hier auch dann die Freizeitblöcke geregelt etc., die Zuschläge über die Vereinbarungen geregelt, nicht nur die 50%- Zuschläge, sondern mehr darüber. Teilweise gibt es Vereinbarungen mit 100%- Zuschlägen. Das heißt, hier verstehe ich das wirklich nicht, das kann eigentlich nur ein Geschenk, ein Wahlgeschenk oder ein Nachwahlgeschenk an die IV. und an die Wirtschaft sein. Und

das ist wirklich was, was aufstößt (*Allgem. Appl.*), die Kolleginnen und Kollegen, Betriebsrätinnen und Betriebsräte sollen hier ausgehebelt werden, das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmerschaft soll ausgehebelt werden. Es ist wie bei der Selbstverwaltung im Sozialversicherungsbereich etc. Das schaut ein bisschen aus wie ein Gesamtplan, leider, das müsst ihr euch auch gefallen lassen und ich muss euch sagen, das ist wirklich völlig unverständlich, dass man das in dieser Schnelligkeit durchzieht ohne Begutachtungsverfahren, hier die Sozialpartner nicht einbindet. Und dass auch Leute von euch oder euch Nahestehende, ich denke jetzt nur an die Bischofskonferenz und an den Katholischen Familienverband, die FCG, viele, und die stehen hoffentlich nicht im Sold der SPÖ, ich glaube, das wird jetzt eh nicht behauptet werden. Aber, dass die das sehr kritisch sehen und hinterfragen und sagen, so geht das nicht, bitte überdenkt das noch einmal. Deshalb heute dieser Dringliche, wo wir noch einmal versuchen, das umzukehren: Der Gemeinderat der Stadt Graz möge die österreichische Bundesregierung, den Nationalrat ersuchen, die Novelle des Arbeitszeitgesetzes zurückzunehmen und speziell die Bereiche des 12-Stunden-Tages und der 60-Stunden-Woche dem für ein solches Gesetz üblichen Begutachtungsverfahren zu unterziehen, wobei auf jeden Fall auch die Interessensvertretung der ArbeitnehmerInnen in dieses Verfahren einzubeziehen ist, um eine ausgewogene faire Arbeitszeitregelung zu entwickeln, die den Anforderungen und Bedürfnissen aller Betroffenen gerecht wird. Ich ersuche um Annahme. Danke (*Allgem. Appl.*).

Originaltext des dringlichen Antrages:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wenn ein Themenfeld wie dieser 12- Stunden-Tag bzw. die 60-Stunden-Woche derart emotionalisiert für eine solche Vielzahl an ablehnenden Stimmen quer über die gesellschaftliche Bandbreite hinweg sorgt, da kann von parteipolitisch gesteuertem

Geplänkel keine Rede mehr sein. Denn es wird doch wohl niemand der österreichischen Bischofskonferenz unterstellen wollen, sie stünde im Sold der SPÖ, die FCG wäre zur Sozialdemokratie gewechselt.

Richtig, was manchen vielleicht unangenehm ist, aber sich nicht wegschweigen lässt: Sogar die Bischofskonferenz hat den Gesetzesentwurf sowohl in Hinblick auf Vorgehensweise wie auch Inhalt als "völkerrechtswidrig", "demokratiepolitisch bedenklich", "Geringschätzung des Familienlebens" beurteilt; in den Vatican News wird in Zusammenhang mit der Ausweitung der Arbeitszeit auf einen 12-Stunden-Tag bzw. die 60-Stunden-Woche davon ausgegangen, dass dies einseitig Arbeitnehmer belaste und nur die Interessen von Wirtschaft und Industriellen bediene. Und die Vatican News stehen nun nicht gerade in Verdacht, SPÖ-gesteuert zu sein, sie gelten als ein Sprachrohr des Papstes und geben in diesem Fall das wieder, was zum Beispiel die Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher DienstnehmerInnen, also die Beschäftigten der Kirche, befürchten: Längere Arbeitszeiten würden die Freiheit der Beschäftigten einschränken und das Familienleben nachteilig beeinflussen und auch die ehrenamtliche Tätigkeit in Vereinen und Hilfsorganisationen massiv beschränken; sogar von einer Verletzung der Würde der Arbeit ist die Rede.

Oder: Der Vorarlberger AK-Präsident Hämmerle, der Tiroler AK-Präsident Zangerl, die beide den Entwurf so vehement ablehnen, wie die gesamte FCG-Spitze in der Gewerkschaft und der Arbeiterkammer, auch hier in der Steiermark.

Sie alle machen das, wofür sie sich verpflichtet sehen: Sich für jene einzusetzen, die sie zu vertreten haben: die arbeitenden Menschen in diesem Land.

Warum ich das so betone: Weil es schlichtweg falsch ist, weil es schlichtweg eine glatte Lüge ist zu behaupten, der Widerstand gegen den 12-Stunden-Tag, gegen die 60-Stunden-Woche wäre ausschließlich parteipolitisch motiviert: Die österreichischen Bischöfe strafen jene, die das behaupten, Lüge.

Es geht darum, ArbeitnehmerInnen korrekt zu behandeln, durch derartige Arbeitszeit-Regelungen nicht ihre Gesundheit aufs Spiel zu setzen, sondern gemeinsam mit der Interessensvertretung der ArbeitnehmerInnen, mit den Sozialpartnern eine kluge, gute Arbeitszeitregelung mit Augenmaß und mit Rahmenbedingungen zu finden, die nicht nur einen Sieger und die Beschäftigten als die Verlierer sieht, sondern die ausgewogen, fair, gerecht ausgelegt sind. Und das in Zusammenhang mit einem ordentlichen, korrekten Begutachtungsverfahren. Dies auch, damit sich nicht der Eindruck verfestigt, dass diese neue österreichische Bundesregierung nach der Wahl ausschließlich den Verpflichtungen gegenüber ihrer Gönner, Sponsoren, Finanziers nachkommen müsse.

Und es geht auch schlicht und einfach darum, deutlich zu zeigen, dass Aussagen wie jene eines wild gewordenen Wirtschaftskammer-Funktionärs nur Minderheitsmeinung sind, wonach die Beschäftigten - wohlgemerkt, wir reden von Menschen - nur als Produktionsfaktoren und Lohnstückzahl-Kostenfaktor zu sehen wären, man von den unselbständig Erwerbstätigen als den Wertlosen reden könne. Oder dass dieser unglaublich dumme, aber sauteure Werbespot der Wirtschaftskammer, der nach einem gewaltigen Shitstorm aus dem Verkehr gezogen werden musste, ein Ausrutscher war. Ja, es geht es darum, das sehr nachdrücklich einzufordern, was Österreich stark gemacht hat, in Österreich für Wohlstand gesorgt hat, Österreich zu einem der reichsten und vor allem auch friedlichsten und sozial ausgewogensten Staaten gemacht hat: Nämlich, das Gespräch zu suchen, das Miteinander vor das Trennende zu stellen und auf dieser Ebene einen gemeinsamen Weg zu suchen. Ein Gesetz in solcher Weise durchzudrücken ohne Begutachtung, ohne Gespräch, ohne Einbindung der Interessensvertretung der Betroffenen, ist eine Vorgehensweise, die in Österreich einmalig ist, die einer österreichischen Bundesregierung nicht würdig ist.

Im Übrigen: Österreichs Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer leisten durchschnittlich 41,4 Arbeitsstunden pro Woche, die Jahresarbeitszeit – das bestätigt sogar eine von der WKO veröffentlichte Studie, die auch die Feiertage miteinberechnet – liegt deutlich über jener der Eurozone, schon jetzt werden jedes Jahr 250 Millionen Überstunden geleistet

– rund 50 Millionen Überstunden aber NICHT bezahlt. Und die Flexibilisierung der Arbeitszeit hat ebenso längst in den Gesetzen Einzug gehalten wie die deutliche Ausweitung der 40-Stunden-Woche. Dies aber nur über Betriebsvereinbarungen, im Einvernehmen mit Betriebsrat oder Personalvertretung und unter Beachtung entsprechender Rahmenbedingungen. Und genau das sieht dieses Gesetz nicht vor – Freizeit, betriebliche Gesundheitsvorsorge, die Abgeltung dieser Mehrleistungen, das alles wird ausgespart, die DienstnehmerInnen werden somit zu Freiwild und sind auf die Gnade des Dienstherrn angewiesen.

In diesem Sinne stelle ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge die österreichische Bundesregierung und den Nationalrat ersuchen, die Novelle des Arbeitszeitgesetzes zurückzunehmen und speziell die Bereiche des 12-Stunden-Tages und der 60-Stunden-Woche einem für ein solches Gesetz üblichen Begutachtungsverfahren unterziehen, wobei auf jeden Fall auch die Interessensvertretung der ArbeitnehmerInnen in dieses Verfahren einzubeziehen ist, um eine ausgewogene, faire Arbeitszeitregelung zu entwickeln, die den Anforderungen und Bedürfnissen ALLER Betroffenen gerecht wird.

GR Egger:

Geschätzte Stadtregerungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne, lieber Kollege Michael Ehmann. Du weißt, ich schätze dich sehr, aber jetzt bedauere ich dich schon fast ein bisschen, weil es ist immer das Gleiche in den letzten Wochen gewesen. Ihr seid ein bisschen zu langsam. Die Geschichte wurde heute im Nationalrat beschlossen und es ist auch immer wieder die gleiche Vorgangsweise von euch. Es wird mit Halbwahrheiten operiert, es wird versucht, Ängste zu schüren, es wird versucht zu verunsichern und es wird probiert,

auch irgendwelche Beispiele zu konstruieren, die an den Haaren herbeigezogen sind. Und weil der Kollege Haßler vorhin den wild gewordenen Wirtschaftskammerfunktionär, der auch in deinem Motivenbericht steht, zitiert hat, dann möchte ich an die sozialdemokratische Partei vielleicht einen Gedanken mitgeben. Leider funktioniert der Draht von Wien nach Graz nicht ganz so exakt. Wie euch vielleicht aufgefallen ist, ist dieses Beispiel nur kurzzeitig in der Diskussion gewesen und zwar aus einem ganz einfachen Grund. Dieser Herr, der Gerald Kohl heißt, das ist nachzulesen, und wenn man sich mehr Zeit nimmt für eine Recherche, dann sieht man, dass der vor einigen Jahren einen ziemlichen Schicksalsschlag erlitten hat und schwer verletzt war, einiges an Verletzungen gehabt hat und der einige Zeit auf Reha war und das ist kein Wirtschaftskammerfunktionär, sondern das ist ein einfaches WB-Mitglied gewesen, der leider nicht mehr ganz so in einem gesundheitlichen Zustand ist, wie man ihm das wünschen würde. Und das nehmt ihr als Beispiel her. Das halte ich für eine Frechheit, ehrlich gesagt. Und dann geht es weiter mit der Begutachtung. Das hast du auch angeführt. Der Kollege Ehmann wird sich wahrscheinlich erinnern können an den 24., 25. September 2008. Da bist du nämlich im Nationalrat gesessen. Da hat es einen Initiativantrag gegeben, Initiativantrag so wie heute, Initiativantrag von Rot und Grün gegeben. Und weil mich die Kollegin Robosch da hinten spottet, ich habe das gesehen, das tut man auch nicht. Initiativantrag heißt, den wollt ihr nur haben, wenn er euch genehm ist. Dort habt ihr auch ohne Begutachtung das durchgewunken, das ist natürlich in Ordnung. Und nachdem da schon das Licht leuchtet, mache ich zwei Worte zur Gewerkschaft. Die Pflastersteinaktion ist heute angesprochen worden und die Kollegin Wirnsberger hat sich das Pickerl auch auf den Computer raufgeklebt heute. Das ihr euch damit solidarisiert, wenn dort vor Abgeordneten-Wohnungen, Pflasterstein und eine Kerze mit einem dementsprechenden Transparent abgestellt werden, das finde ich eigentlich großartig. Aber im negativen Sinne. Und zu euer fäkalrhetorischen Sprache, ich meine, ich würde mich genieren. Ihr redet die ganze Zeit von „Sch...“ und ganz besonders euer ÖGB-Vorsitzender...

StR Riegler:

Bitte zum Schluss kommen.

Egger:

Ich würde mich freuen oder ich würde mich wundern, wenn der daheim mit seinen Kindern auch so redet. Aber bei euch ist das ganz normal umgangssprachlich. Tut einmal ein bisschen nachdenken und schaut einmal, wo die Vorteile liegen. Das ist ja in Wahrheit eine Frechheit (*Allgem. Appl.*).

GR Luttenberger:

Sehr geehrte Damen und Herren. Ich meine, das ist natürlich fast selbstverständlich, dass ich mich da herausbegebe, wenn es um soziale und um Fragen von Sozialpartnerschaft, Gewerkschaft und Arbeiterkammer geht. Ich fange einmal vorsichtig an. Also, ich habe ja vor, mit Kollegen Egger in absehbarer Zeit zu picknicken. Also, ich glaube (*Lachen im GR-Saal*), wir müssen da, er hat mich ja eingeladen, wenn das alles abgesenkt ist im Augarten, dann werden wir dort sitzen und vielleicht mit etwas härten Getränken einmal eine Analyse machen, wie das alles so ausschaut.

Zwischenruf GR Egger: Ich freue mich!

Luttenberger:

Aber jetzt zurück zum Dringlichen vom Michi Ehmman. Also, ich fange jetzt nicht zum Wiederholen an, um was es geht, das wissen wir alle. Ich nenne es sehr flapsig da den 12-Stunden-Tag ohne richtiges Adäquat. Aber bei der heutigen Nationalratssitzung sind ja zwei Weichen gestellt worden. Also die erste Weiche ist, dass es keine Begutachtung gibt, aber auch wenn du das forderst, zu Recht. Und die zweite Weiche

ist, dass es kein Mitspracherecht mehr gibt seitens der Belegschaftsvertretung und der Betriebsräte und das heißt auch, dass, wenn Kollektivverträge auslaufen, und im österreichischen wirtschaftlichen gesellschaftlichen Gesellschaftsleben ist es ja so, dass das meiste über Kollektivverträge geregelt ist, wo ein Mitspracherecht herrscht, werden wir ein Problem haben. Und jetzt stimme ich dem zwar inhaltlich in weiten Bereichen zu, aber wir haben jetzt einen Abänderungsantrag vorbereitet. Ich sage es gleich dazu, das ist die Hard-core-Variante, nachdem jetzt schon Mitsprechrecht weg ist, nachdem schon die Begutachtung weg ist. Einen Satz möchte ich noch sagen. Also, der freiheitliche adelige blaue Jungstar Gudenus hat es eh gesagt, und da stellt es mir natürlich innerlich die Haare auf, der hat gesagt sinngemäß: Das Gesetz ist die eine Seite, aber in Wirklichkeit geht es darum, das Mitspracherecht der Betriebsräte und der Belegschaftsvertretungen zu zerbrechen. Und das ist eine bittere Sache. Und das kann man sich, wurscht welchen Couleurs du bist als Gewerkschaftsfraktion, das ist eine Herausforderung. Und früher oder später werden wir in anderen Sachen noch zu kiefeln haben. Notstandsgeld, Zusammenlegung der Krankenkassen, also werden wir noch im Gemeinderat einiges zu diskutieren haben. Und ganz zum Schluss, ich habe mir das wirklich überlegt, denn, was ich nicht will, ist, dass ich mit Michi Ehmann über ein paar Nuancen, über ein paar Wichtigkeiten zu streiten anfangen. Das habe ich heute eh in der Kammervollversammlung gemacht. Aber ich würde den Michi wirklich bitten, dass er mit seiner Schwesterpartei im Land Steiermark einmal Rücksprache hält, weil derzeit machen die beim Land genau das, was ich eigentlich nicht will. Die stimmen überall dafür, da ist die ÖVP, da ist FPÖ und da ist auch die SPÖ. Also, das muss aufhören. Aber das ist meine persönliche Meinung, aber dass ihr das anders seht, das weiß ich eh, aber ich sage das jetzt einmal. Abänderungsantrag, traritrara, jetzt sage ich euch etwas, mein Assistent Kollege Eber wird das dann irgendwie verteilen an die richtigen Stellen. Ich lese vor: Der Grazer Gemeinderat spricht sich gegen die Änderung des Arbeitszeitgesetzes und des Arbeitsruhegesetzes durch die Bundesregierung aus. No na, und fordert die Österreichische Bundesregierung und den Nationalrat auf, die Novelle zurückzunehmen.

Also das bin ich meinem Gewissen schuldig. Danke für die Aufmerksamkeit (*Allgem. Appl.*).

GR Hötzl:

Sehr geehrte Damen und Herren, lieber Michael Ehmann. Ich stelle mir immer so vor, wenn ich jetzt ein potentieller Wähler von deiner Partei wäre von der SPÖ, ich würde mich langsam nicht mehr auskennen.

Zwischenruf aus den Reihen des Gemeinderats.

Hötzl:

... würde ich das sein. Ich hätte jetzt langsam ein Problem damit, fährst weiter mit dem Landtag, Schickhofer und Genossen, nämlich deine SPÖ-Fraktion stimmt gegen den dringlichen Antrag mit irgendwelchen Begründungen, können wir nicht, müssen packeln wie früher usw. Heute kommst du daher, recht hemdsärmelig und nachdem du einige Austeilungen in Richtung Beamtschaft gemacht hast, kommst daher und sagst ...

Zwischenruf unverständlich.

Hötzl: ... ja, Unterstellung. Dann hat es dir der halbe Gemeinderat unterstellt heute, und kommst dann daher und forderst genau das, was dein Landeschef sozusagen vor ein paar Tagen abgelehnt hat. Ok, ist auch eine Politik, die man machen kann. Als Wähler hätte ich da ein bisschen ein Problem damit, dass ich nicht mehr langsam weiß, was wollt ihr? Die Abstrafung habt ihr beinahe zu allen Wahlen bekommen, ich glaube,

dass es nicht nur die Irritierung der Wähler war, sondern vielleicht gewisse Art der Verängstigung, vielleicht nicht so, wenn die Fäkalsprache und dieses Hemdsärmelige grad von euch Gewerkschaftern vielleicht nicht so kommt. Man braucht nur im Antrag den Motiventext hernehmen, du haltest dich eh schön zurück, aber da stehen Sachen drinnen, wo man sich denkt, der wild gewordene Wirtschaftskammerfunktionär, der Kurt Egger zählt die Tage schon Hintergrundgeschichte dazu. Du wirst mir nicht erzählen, habe ich nicht gewusst, tut mir leid, muss ich dir nicht unbedingt glauben. Das sind halt lauter Geschichten. Oder die Dienstnehmer werden somit Freiwild und sind auf Gnade des Dienstherrn angewiesen. Wie gesagt, die schriftliche Form da hält ihr euch einigermaßen zurück. Aber das sind Worte oder Umgangsformen oder Umgangstone, die, glaube ich, auch nicht mehr zeitgemäß sind. Eure Wähler sind irritiert oder vielleicht verschreckt, ich weiß es nicht. Aber irgendwo arbeitet ihr, macht ihr volle Leistung, dass ihr seid's, wo ihr nun seid's und ihr seid noch nicht am Ende angekommen (*Appl.*).

Dreisiebner:

Herr Kollege Hötzl, was dich mit dem Kollegen Egger verbindet, dass es inhaltlich keine Aussagen gibt von eurer Seite. Sondern ihr klaubt einfach an irgendwelchen Unterlagen und Broschüren herum und zitiert irgendwelche Dinge, die ihr irgendwo gefunden habt und an dem hängt ihr alles auf. Die Position der ÖVP die kommt vielleicht noch, aber bis jetzt haben wir nur die Position des Wirtschaftsbundes. Ich erwarte mir eigentlich, dass ÖAAB-ler oder die Gesamtpartei grundsätzlich ein bisschen eine andere Haltung hat als es der Herr Egger in seiner unglaublichen Art, wo er auch immer auf wen losgehen muss, und sei es die Anna Robosch, darstellt und bei der FPÖ, zu euch sage ich im Grunde nur eines: 12-Stunden-Gezeter. Ihr fällt um, ihr fällt um, ihr fällt um und das eigentlich nur, weil ihr glaubt, dass ihr jetzt an der Macht seid, weil ihr glaubt, dass das lange sein wird. Ihr brecht alles, was ihr vor einem Jahr noch gesagt habt oder vor weniger als einem Jahr, wenn ich an den Wahlkampf denke. Aber das ist euer Problem.

Zwischenruf GR Frölich: Was sagen die Grünen im Parlament eigentlich?

Dreisiebner:

Der Aspekt der Freiwilligkeit, der ja vielleicht noch interessant wäre, der als solcher wahrscheinlich kaum gegeben sein wird. Der gegeben sein wird für gut qualifizierte Personen in dementsprechenden Betrieben, der aber weniger gut gegeben sein wird für Personen, die weniger gut qualifiziert sind. Die in weniger Branchen unterwegs sind, wo es weniger Möglichkeiten für Arbeitnehmer gibt. Weil z. Bsp. der Mitbewerb sehr groß ist. Da ist die Freiwilligkeit sehr eingeschränkt und das ist eine Aufweichung von vielem, was in diesem Land über viele Jahrzehnte sehr gut gehandelt worden ist bzw. eine massive Beschädigung deswegen, um das ganz klar zu sagen. Ich rede nicht oft darüber, dass ich AMS-Mitarbeiter bin, aber ich sage euch eines: Es sind die Leute, die aus gesundheitlichen Gründen, die aus Betreuungsgründen für Kinder oder teilweise auch für kranke Eltern mittlerweile immer öfter und unter Umständen nicht in der Lage sind, in Vollzeit zu gehen bzw. auch die 50. und die 60. Stunde zu leisten in der Woche. Die werden unter Umständen aus dem Arbeitsmarkt herausgedrängt und je weniger sie qualifiziert sind, je weniger sie mobil sind, je weniger sie befähigt sind, desto eher wird das passieren. Das heißt, ihr verschiebt am Arbeitsmarkt die Problematiken wiederum, das hilft der Wirtschaft gar nicht, weil es natürlich auch zu Leistungsabfällen kommt, weil Menschen älter werden, weil es nicht für alle möglich ist, das dementsprechend umzusetzen. Wir werden die Zahlen sehen, der Schritt ist vollkommen falsch. Ich melde auch an, die Hard-core-Variante von Luttenberger sehr gerne zu unterstützen und ansonsten die ebenfalls genug harte Variante der SPÖ zu unterstützen und der SPÖ sage ich schon auch das, was der Luttenberger gesagt hat. Redet einmal mit euren Leuten im Land. Danke (*Appl.*).

Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. Eustacchio übernimmt den Vorsitz (17.35 Uhr).

Ehmann:

Nachdem ich davon ausgehe, dass es hier keine Zustimmung geben wird, noch ein paar...

Zwischenruf GR Piffel-Percevic: Ein Realum.

Ehmann:

... paar Sätze zum Gesagten. Kollege Egger, es war mir klar, dass du dich meldest. Ist ja auch dein Job. Aber nur, wenn du sagst, naja, da geht man auf Menschen los, ohne dass man gewusst hat, dass der einen Unfall gehabt hat oder was auch immer. Abgesehen davon, dass man trotzdem irgendwie in öffentlichen Medien, wenn man da was von sich gibt, ist es halt schon irgendwie öffentlich. Abgesehen davon hat es noch eine Anfrage an die Wirtschaftskammer Österreich gegeben und da darf ich jetzt kurz eine Stellungnahme der Wirtschaftskammer Österreich zu den folgenden Postings vorlesen, also recherchieren tun wir schon ein bisschen, wie du siehst. Es handelt sich dabei um die Privatmeinung eines gewählten Funktionärs, also das ist eine aktuelle Meldung übrigens, die sich keineswegs mit der Wirtschaftskammer Österreich deckt, das ist schon ein guter Umstand: Als Unternehmensvertreter wissen wir um die Bedeutung der Mitarbeiter für jeden Betrieb, um einen gewählten Funktionär, antwortet die Wirtschaftskammer Österreich und dann geht es noch ein wenig weiter. Der Tiroler AK-Präsident Herr Erwin Zangerl, der wird euch etwas sagen, im Standardinterview gestern, darf ich zitieren: „Die türkisen Putschisten sitzen nun an der Spitze und bezahlen mit Zinsen an die Großsponsoren und an die IV. zurück, was die ihnen im Wahlkampf gespendet haben.“ Das hat kein SPÖler und kein Gewerkschaftsfunktionär der SPÖ oder FSG oder sonst etwas gemacht, sondern der Tiroler AK-Präsident, der ist, glaube ich, bekanntlicherweise in eurem Lager. Noch zu eurem Lager was ich sagen darf. Bemerkenswert auch die Bundesministerin Dr.ⁱⁿ Margarete Schramböck, die im Ö1-Morgenjournal nach Einbringung des

Initiativantrages vom 14. bereits am 15. in der Früh im Morgenjournal, O-Ton, von sich gibt: „Ich gebe ganz klar den Auftrag an die Unternehmen, das Gesetz nicht auszunutzen.“ Wieso sagt sie das, wenn das so ein super Gesetz ist? Hat sie Sorge, dass es hier doch ein Husch-Pfusch-Gesetz ist und dass das doch ausgenutzt werden könnte? Und zum Wirtschaftsbund nur eines: Wenn ich ein derartiges Video, nämlich drei Monate vorher ist die Kampagne schon in Auftrag gegeben worden mit einer € 1.000.000,--, und dann ein derartiges Video auf den Markt zu bringen, das spottet ja wirklich jeder Beschreibung, das man sogar zurückziehen muss, weil der Rückhalt in der Bevölkerung fehlt, den Unternehmen fehlt, dann muss ich schon sagen, bemerkenswert, aber die Goldene Himbeere wäre noch möglich, das ist übrigens der Preis für den schlechtesten Film des Jahres.

*Zwischenruf GR **Frölich**: Die Himbeere ist rot.*

Ehmann:

Und noch kurz zu den FreundInnen der FPÖ, zu den Halbwahrheiten. Darf ich euch eine Presseaussendung von eurem Bundesvorsitzenden vorlesen, zum 12-Stunden-Tag, zur 12-Stunden-Tag- Aussendung: „Der 12-Stunden-Arbeitstag dient vor allem den Großkonzernen, als deren Erfüllungsgehilfe sich die ÖVP offenbar versteht, das ist eine asoziale leistungsfeindliche Idee.“ Presseaussendung aus dem Jahr 2013, also interessant, wie ihr das heute seht und was du gerade von dir gegeben hast, das ist auch nicht ganz unspannend. Und beim ÖAAB, muss ich sagen, bin ich schwerstens enttäuscht, weil VertreterInnen, also PersonalvertreterInnen, GewerkschaftlerInnen, wie die FCG beispielsweise dann in weiterer Folge, die da ganz klar aufstehen dagegen, das mitzutragen, und August Wöginger als Bundesvorsitzender, das finde ich auch bemerkenswert. Aber Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden sich das merken und auch bewerten, aber nicht so, wie ihr euch das wünscht (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ, KPÖ, Grüne) abgelehnt.

**8.8 Internationale Wissenschaftsolympiaden - Austragungsort Graz
(GR. Swatek, BSc, Neos)**

Swatek:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren auf der Zusehertribüne. Bei mir geht es heute um Olympia. Aber nicht um die olympischen Winterspiele, die ja derzeit für Graz geplant sind, sondern um Wissenschaftsolympiaden. Und zwar daher, da wir mit den olympischen Winterspielen 2026 ja das Feuer des Sportes in den Herzen der Jugend entfachen wollen, ist einmal in diesem Raum gefallen, und genau dieses Feuer würde ich auch gerne stärker für Wissenschaft und Bildung unter der Jugend entfachen. Und was ist eine Wissenschaftsolympiade eigentlich? Die meisten oder vielleicht viele kennen es noch aus der Schulzeit. Das sind die Schüler, die nach der Schule noch ein bisschen länger bleiben, noch Mathematik, Physik, Chemie, Informatik machen. Ich nenne es mal so, in die Fördergruppe gehen und dann an wissenschaftlichen Wettbewerben teilnehmen, dort Rätsel lösen. In Österreich zuerst und, wenn das Team gewinnt und sie Österreich-Meister sind, wird das beste Team jeder Nation dann in ein Land in der Welt geschickt, in eine Stadt in der Welt geschickt, wo dann die internationale Wissenschaftsolympiade stattfindet und dort battlen sich die besten Teams ...

Zwischenruf aus den Reihen des Gemeinderates unverständlich.

Swatek:

... verstehst nicht, ich erkläre ich dir dann nachher untereinander. Tja und da in Österreich so eine Wissenschaftsolympiade vor allem lange nicht mehr in den MINT-

Fächern, die ja für uns in Graz aufgrund unserer universitären Lage besonders herausstechen, nicht mehr stattgefunden hat, also die letzten waren in Linz 1980, Bad Ischl 1988 und Lienz 1976, habe ich mir gedacht, so etwas könnte man eigentlich auch mal in Graz machen, um hier auch unseren Standort zu stärken. Weil es vorhin schon gekommen ist, das ist kein Antiolympia-Antrag, das ist etwas neben Olympia, das möchte ich herauskristallisieren. Und das Zweite, was noch als Frage vorhin gekommen ist, wie sieht das genau aus? Im Antrag steht drinnen, dass man sich mit den einzelnen Verbänden, die diese Wettbewerbe ausführen in Österreich, in Verbindung setzen sollen und die fragen sollte, ob sie daran interessiert sind, dass so eine internationale Wissenschaftsolympiade in Graz stattfindet, wo man dann mit denen gemeinsam sowie mit dem österreichischen olympischen Komitee dann diesen Schritt findet. Daher stelle ich gemäß der Geschäftsordnung des Gemeinderates den

dringlichen Antrag:

1. Die Stadt Graz bekennt sich dazu, das Feuer der Wissenschaft und der Jugendlichen in Graz entfachen zu wollen.
2. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, mit den Verbänden der internationalen Wissenschaftsolympiaden in Kontakt zu treten und zu prüfen, welche Schritte dafür nötig sind, Austragungsort einer internationalen Wissenschaftsolympiade zu werden.

Ich bitte um Zustimmung der Dringlichkeit und Zustimmung des Antrages.

Originaltext des dringlichen Antrages:

Mit der Bewerbung als Austragungsort der Olympischen Winterspiele 2026 versucht die Stadt Graz auch, das Feuer des Sports in den Herzen der jungen Grazerinnen und Grazer zu entfachen. Ein Feuer, das durch die Austragung einer internationalen Wissenschaftsolympiade in Graz auch für die Wissenschaft unter Jugendlichen entfacht

werden sollte.

Bei einer Wissenschaftsolympiade handelt es sich um einen Wettkampf, in dem Schülerinnen und Schüler aus den unterschiedlichsten Nationen naturwissenschaftliche Rätsel lösen müssen. Egal ob Mathematik, Physik, Chemie oder Informatik: die TeilnehmerInnen denken um die Wette, um Punkte für ihr Team zu holen.

Diese Olympiaden finden jedes Jahr für jede Disziplin in einem anderen Land der Welt statt. Je nach Fach finden sich dabei Delegationen aus bis zu über 100 Ländern ein.

Wissenschaftsolympiaden fördern junge Talente intellektuell, wecken das Interesse in Wissenschaft, sorgen für einen kulturellen Austausch unter Jugendlichen und ermöglichen, dass sich zukünftige Generationen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern untereinander vernetzen.

Mit derzeit 12 ausgetragenen internationalen Wissenschaftsolympiaden gibt es eine Vielzahl von Wettbewerben, die die Förderung von jungen Forscherinnen und Forschern in den Mittelpunkt stellen. Während Linz (1980), Bad Ischl (1988) oder Lienz (1976) bereits Austragungsorte für Internationale Olympiaden der Physik, Chemie und Mathematik waren, fand in Graz noch keine Internationale Wissenschaftsolympiade statt. Die Veranstaltung einer Wissenschaftsolympiade wäre eine großartige Möglichkeit für Graz, Forscherinnen und Forschern von morgen aktiv zu fördern und unsere Stadt international als Ort der Bildung und Wissenschaft zu positionieren. Gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates stelle ich den

dringlichen Antrag,

- 1) die Stadt Graz bekennt sich dazu, das Feuer der Wissenschaft unter Jugendlichen in Graz entfachen zu wollen.*
- 2) die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, mit den Verbänden der Internationalen Wissenschaftsolympiaden in Kontakt zu treten und zu prüfen, welche Schritte dafür nötig sind, Austragungsort einer internationalen Wissenschaftsolympiade zu werden.*

GR Piffli-Percevic:

Herr Vorsitzender, hoher Gemeinderat, werte Zuschauerin und Zuhörerinnen und Zuhörer. Niko, ja, wir sind sehr dafür, dass alle Begabungen gefördert werden. Genauso, wie alle Benachteiligten auch einen individuellen, nach Möglichkeit individuellen, Ausgleich erhalten. Das kommt leider im sogenannten Regel-Schulsystem, der Name allein ist ja schon ein negatives Programm, ein Muss-Sein. Es muss einen gemeinsamen Nenner geben, aber kommt schon von vorneherein zu kurz. Daher unterstützen wir alle Initiativen traditionell. Wir sind für ein differenziertes Schulsystem, damit man eben die speziellen Neigungen im Interesse unserer Volkswirtschaft auch ins Ziel bringt, um auch die individuelle Persönlichkeit entsprechend verwirklichen zu können. Also auch nicht nur aus volkswirtschaftlichen Gründen, sondern auch aus humanen Gründen grundsätzlich sehr dafür. Wir haben daher in Graz 2020 z. Bsp. gerne, der Bürgermeister war selbst in Göteborg, die Euroskills nach Graz geholt, um besondere Kenntnisse und Fertigkeiten auch zu loben und auszuzeichnen. Weil, du hast die MINT-Initiative genannt, von den 300 im Hause der Industrie in Wien kürzlich ausgezeichneten Schulen, die besonders den naturwissenschaftlichen Fächern Preise zuerkannt haben, sind über 25 in Graz, Ferdinandeum, NMS, private Schulen, Schulschwestern, Ursulinen, Klex, Carneri und und, und, und. Wir haben weiters im Kindermuseum und vom Puchmuseum, das wird niemand wundern, vor allem den pädagogisch, didaktischem Zweck, junge Menschen für Technik zu interessieren. Die Nostalgie kommt auch auf ihre Rechnung, aber die eigentliche Rechtfertigung ist, Menschen für das zu interessieren, was uns dann unsere Arbeitsplätze bringt. Die Kinderuniversität, die Schmiedl-Stiftung, der Grazer Raketenpionier ist zu nennen, die ebenfalls Begabungen früh erkennen lässt und fördert. Daher werden wir gerne alles unterstützen. Wir werden alles, was in dem Antrag steht, nämlich insbesondere mit der Bildungsdirektion im Land Steiermark und mit dem Bildungsministerium auch besprechen, wie wir auch in der Steiermark dieses gute Beispiel realisieren können. Wir werden daher dem Antrag zustimmen. *(Appl.)*

GRⁱⁿ Robosch:

Sehr geehrte Damen und Herren, lieber Niko. Wir begrüßen diesen Antrag sehr. Meine Schulzeit ist ja noch nicht so lange her, wie, egal (*lacht*), sonst wird mir wieder Altersdiskriminierung vorgeworfen, das möchte ich natürlich nicht. Grundsätzlich habe ich sehr viele von diesen Physikolympiaden miterlebt und weil das natürlich auch immer ein Ansporn ist für Kinder in einer Klasse, sich sowohl im Fach als auch für diese Olympiade sehr anzustrengen. Aber man möchte auch bedenken, dass die derzeitige Situation an Schulen nicht überall so rosig ist und nicht überall alle LehrerInnen ihre Gedanken auf Olympiaden verwenden können, weil sie eben teilweise sehr allein gelassen werden, teilweise mit anderen Dingen kämpfen, z. Bsp. wird durch hochgejubelte Deutschförderklassen zur Zeit Personal, das jetzt an Schulen besteht, abgezogen und an andere Schulen verteilt und deswegen würden wir uns wünschen, dass das keine alleinige Initiative wird, sondern dass wir uns gemeinsam auch weiterhin dafür einsetzen, dass es an Grazer Schulen sowohl das Feuer der Wissenschaft als auch das Feuer für die Schule und für die Bildung allgemein gibt. (*Appl.*)

Swatek:

Danke für die Zustimmung. Ich hoffe, wir kommen da schnell ins Tun und in den Kontaktaufbau mit den einzelnen Organisationen, denn viele von denen sind in ihrer Planung schon weiter als die Olympischen Winterspiele. Ich glaube, die Chemieolympiade war es, sie hat bis 2030 schon alle Slots vergeben. Danke für die Zustimmung.

Die Dringlichkeit wird einstimmig angenommen.

Der Inhalt dieses Antrages wird einstimmig angenommen.